Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3628

30. 01. 80

Sachgebiet 707

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1980 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0 22 21) 36 35 51

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I S. 582). Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (42) — 600 01 — Ja 11/80 — vom 30. Januar 1980.

Federführend: Bundesminister für Wirtschaft

Jahreswirtschaftsbericht 1980 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1980 vor. Dieser Bericht enthält für das Jahr 1980:

A. die angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele sowie als Anlage die Jahresprojektion 1980;

B. die geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik;

C. die Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

A. Für 1980 angestrebte wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

I. Ausgangslage

1. Nach der deutlichen Belebung zum Jahreswechsel 1978/79 stand die Weltkonjunktur im weiteren Verlauf des Jahres 1979 insgesamt wieder im Zeichen sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums. In den USA zeigte sich bereits seit dem Frühjahr eine deutliche Wachstumsabschwächung, während in Japan der Aufschwung über den Sommer hin andauerte. In Westeuropa setzte sich die wirtschaftliche Belebung bis zur Jahresmitte fort; unter dem Einfluß des erneuten Preisanstiegs an den Ölmärkten hat aber auch hier die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung seitdem nachgelassen. Die neue massive Ölpreiserhöhung verschärfte überdies die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen Ölausfuhr- und Öleinfuhrländern. Die Außenbilanzlage der meisten Entwicklungs- und Industrieländer verschlechterte sich. Zwischen den Industriestaaten kam es jedoch zu einem ausgeglicheneren Verhältnis der Leistungsbilanzen: Die USA konnten ihre Position wesentlich verbessern; die traditionellen Überschußländer Bundesrepublik Deutschland und Japan verzeichneten Defizite und trugen dadurch zu einem besseren internationalen Gleichgewicht bei.

Die bis zuletzt andauernde extreme Ölverteuerung belastet die Weltwirtschaft und vergrößert die Gefahr einer Ausbreitung protektionistischer Strömungen. Die erheblich höhere Ölrechnung stellt viele Länder vor ernste Probleme sowohl beim Ausgleich der Zahlungsbilanz als auch bei der erforderlichen Anpassung der Einkommensverteilung. Zusätzlich zu der vom Ölpreisanstieg ohnehin bewirkten Einschränkung der realen Nachfrage sehen sich viele Ölverbrauchsländer im Hinblick auch auf ihre Außenbilanz zu einer restriktiven Nachfragepolitik gezwungen, zumal die Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten für einzelne Länder an den internationalen Anleihemärkten eher schwieriger geworden ist. Besonders verschlechtert hat sich dabei die Lage der meisten Entwicklungsländer. Es muß damit gerechnet werden, daß der Entwicklungsprozeß dieser Staaten sich als Folge der Ölverteuerung langsamer vollziehen wird. Insgesamt ist deshalb eine gewisse Abschwächung des Wachstums in der Weltwirtschaft wohl unausweichlich. Das hauptsächliche Risiko liegt jedoch in einer weltweiten bedrohlichen Inflationsbeschleunigung. Wenn es nicht gelingt, dieser Gefahr wirksam zu begegnen, könnte die Weltkonjunktur in eine neue Stabilisierungskrise geraten. Gleichwohl erscheint eine Wiederholung der nach der Ölpreisexplosion von 1973/74 eingetretenen Entwicklung, als die inflatorischen Übersteigerungen in eine weltweite Rezession mündeten, angesichts der besseren Ausgangslage durchaus nicht unvermeidbar. Hierfür sprechen insbesondere das allgemein größer gewordene Stabilitäts- und Energiebewußtsein, die zwischen den Industrieländern insgesamt ausgeglichenere Zahlungsbilanzsituation, die in den meisten Ländern gefestigtere Investitionsneigung sowie die Fortschritte bei den Bemühungen um eine internationale Abstimmung der Wirtschaftspolitik.

2. Die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist seit Mitte 1978 durch eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung gekennzeichnet, die 1979 zunehmend an Breite gewonnen hat. Wie die beachtliche Belebung der autonomen Investitionstätigkeit zeigt, kam es dabei zu einer deutlichen Verstärkung der selbsttragenden Wachstumskräfte. Dies war — auch nach dem Urteil des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) — nicht zuletzt das Ergebnis einer Verbesserung der grundlegenden Angebotsbedingungen, die insbesondere durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie durch eine situationsgerechte Lohnpolitik ermöglicht wurde. Die lebhafte Entwicklung der privaten Investitionen hat sich bis zuletzt fortgesetzt. Als weiteres nicht unwesentliches Antriebsmoment erwies sich die kräftig zunehmende Auslandsnachfrage. Hinzu kam eine starke Aufstockung der von den Unternehmen gehaltenen Läger. Inzwischen gibt es jedoch Anzeichen, die auf eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hindeuten.

Mit der verstärkten Ausnutzung und dem Ausbau der Produktionskapazitäten stieg gleichzeitig die Zahl der Beschäftigten deutlich an. Trotz demographisch bedingter Zunahme der Erwerbspersonen konnte die Arbeitslosigkeit spürbar vermindert werden. Unerwartete Rückschläge mußten allerdings bei der Bekämpfung des Preisauftriebs hingenommen werden. Ursächlich hierfür waren vor allem die sprunghafte Verteuerung des Öls und anderer wichtiger Rohstoffe an den Weltmärkten; daneben spielten jedoch — vornehmlich im Baubereich — auch konjunkturelle Einflüsse eine Rolle. Die langjährige Phase permanenter Leistungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik Deutschland ging 1979 zu Ende. Daß es erstmals seit 1965 zu einem deutlichen Defizit kam, hing zum überwiegenden Teil mit der sprunghaft gestiegenen „Ölrechnung" zusammen. Außerdem nahmen auf Grund des kräftigen Wirtschaftswachstums die realen Importe deutlich stärker als die Exporte zu.

Die für die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1980 bestehenden Risiken müssen heute höher veranschlagt werden als noch vor einigen Monaten. Die jüngsten Ölpreiserhöhungen bedeuten für die deutsche Volkswirtschaft eine zusätzliche Belastung und einen erheblichen Entzug an realer Kaufkraft. Infolgedessen muß mit einer deutlichen Abschwä-

chung des Wachstums der Binnennachfrage und — trotz etwaiger höherer Bestellungen einzelner OPEC-Länder — wahrscheinlich auch der Exporte gerechnet werden. Von den früheren Wachstumsaussichten für dieses Jahr müssen deshalb Abstriche vorgenommen werden, zumal weitere Schwierigkeiten im internationalen Bereich nicht ausgeschlossen werden können. Vor dem Hintergrund dieser Risiken ist die Fortsetzung der vor allem aus beschäftigungspolitischen Gründen erforderlichen lebhaften Investitionstätigkeit noch wichtiger geworden.

Wenn es gelingt, den Anstieg binnenwirtschaftlich bestimmter Kostenbelastungen der Wirtschaft in Grenzen zu halten, bestehen aber nach wie vor gute Chancen, die aus dem Energiebereich kommenden Probleme ohne nachhaltige gesamtwirtschaftliche Schäden zu bewältigen. Die deutsche Wirtschaft hat sich schon in der Vergangenheit auf der Grundlage eines tragfähigen sozialen Konsenses als robust und anpassungsfähig genug erwiesen, um solche Herausforderungen zu bestehen. Der weltweit steigende Bedarf an Produkten, die der Energieeinsparung dienen, und die Notwendigkeit der Erschließung neuer Energiequellen begünstigen überdies die einen hohen technologischen Stand aufweisende Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

II. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

3. Die veränderte weltwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Ausgangslage macht die weitere Entwicklung im Jahre 1980 besonders schwer überschaubar. Bei verantwortungsbewußtem Verhalten aller dürfte es jedoch gelingen, auch in diesem Jahr ein weiteres Wachstum der Wirtschaft zu ermöglichen und zugleich die Beschäftigungslage abzustützen. Der insbesondere durch die starke Verteuerung der Einfuhren erneut gefährdeten Preisniveaustabilität muß dabei das besondere Augenmerk der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelten. Es ist daher ein zentrales Ziel der Bundesregierung, einem Ausufern der Preisentwicklung entgegenzuwirken und im späteren Verlauf dieses Jahres wieder eine deutliche Verlangsamung des Preisanstiegs zu erreichen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß dies zugleich auch den Zielen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums sowie der Verbesserung der Beschäftigung dient.

4. Aufgrund der zur Zeit verfügbaren Informationen über die binnen- und außenwirtschaftliche Lage hält die Bundesregierung 1980 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der im Jahresdurchschnitt

— das Bruttosozialprodukt real um gut $2^1/_2$ % zunimmt,

— die Arbeitslosenzahl auf $3^1/_2$ bis 4 % der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. auf 3 bis $3^1/_2$ % aller Erwerbspersonen begrenzt wird,

— die Verbraucherpreise um nicht mehr als rd. $4^1/_2$ % ansteigen und

— das Defizit der Leistungsbilanz aufgrund der Verteuerung der Öleinfuhren auf etwa 20 Mrd. DM ansteigt und der nominale Außenbeitrag weitgehend abgebaut wird.

Mit der Nennung dieser gesamtwirtschaftlichen Eckwerte kommt die Bundesregierung ihrer Verpflichtung aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz nach. Sie weist jedoch ausdrücklich auf die Unsicherheit derartiger Zukunftsaussagen hin. Insbesondere verweist sie auf die Bedingungen, die als Voraussetzung für die Realisierung dieser Ziele genannt werden. Für 1980 gilt vor allem der Vorbehalt, daß etwaige bisher nicht erkennbare Entwicklungen auf den Ölmärkten, auf anderen internationalen Märkten oder im außerökonomischen Bereich, aber auch Verhaltensweisen der gesellschaftlichen Gruppen, die den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zuwiderlaufen, den der Jahresprojektion zugrunde gelegten Wirtschaftsverlauf verändern können. (Im einzelnen wird auf die Erläuterung zur Jahresprojektion in der beigefügten Anlage verwiesen.)

5. Das für 1980 angestrebte reale Wirtschaftswachstum von gut $2^1/_2$ % würde eine weitere Zunahme des Bruttosozialprodukts um etwa 35 Mrd. DM in Preisen von 1979 bedeuten. Die dabei angenommene Verlangsamung des Wachstums im Jahresverlauf ist vor allem dadurch bedingt, daß mit der sich abzeichnenden Abschwächung der Weltkonjunktur 1980 die außenwirtschaftlichen Impulse voraussichtlich geringer ausfallen werden. Außerdem muß für das Inland mit einer geringeren Expansion der Verbrauchsnachfrage und des Wohnungsbaus gerechnet werden. Ohne die abermalige deutliche Ölverteuerung, die im In- und Ausland die Entwicklung der Realeinkommen beschneidet, hätte mit einem günstigeren Wirtschaftswachstum gerechnet werden können.

Trotz dieser negativen internationalen Einflüsse sprechen gegenwärtig viele Anzeichen dafür, daß die Investitionsentwicklung der Unternehmen 1980 nicht viel von ihrer bisherigen Dynamik einbüßen wird, zumal auch die weitere Energieverteuerung eine zusätzliche Herausforderung zu neuen Investitionen bedeutet. Mehr noch als unter dem kurzfristigen Nachfrageaspekt ist eine anhaltend kräftige Investitionstätigkeit der Unternehmen als Voraussetzung für eine beschleunigte Ausweitung und Anpassung des Produktionspotentials wichtig. Nur dadurch kann es auf mittlere Sicht zu einem — auch unter strukturpolitischen Gesichtspunkten notwendigen — verstärkten Angebot von neuen Arbeitsplätzen kommen. Zur Zeit dürfte das Produktionspotential nur mit einer jährlichen Rate von $2^1/_2$ bis 3 % — und damit schwächer als mittelfristig für notwendig angesehen wird — wachsen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung würde somit bei dem angestrebten Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 1980 etwa auf dem im Vorjahr erreichten Niveau gehalten werden können.

6. Für die Zahl der Erwerbstätigen wird — nach der günstigen Entwicklung im Jahr 1979 — im Jahresdurchschnitt mit einem weiteren leichten Anstieg gerechnet. Zwar dürfte die Zunahme der Stundenproduktivität eher etwas höher ausfallen als die des Bruttosozialprodukts; gleichzeitig ist jedoch mit einem weiteren Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit zu rechnen. Die Zahl beschäftigter Arbeitnehmer dürfte — bei weiterer Abnahme der Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger — etwas stärker steigen als die aller Erwerbstätigen.

Dem steht andererseits durch das Hineinwachsen geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben ein weiterer Anstieg des einheimischen Arbeitskräfteangebots und infolgedessen eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarktes gegenüber. Die Bundesregierung geht jedoch davon aus, daß dies insgesamt nicht zu einer Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt führen muß. Sie erwartet, daß die Wirtschaft — wie in den vergangenen Jahren — eine entsprechende Zahl an Ausbildungsplätzen bereitstellt. Dadurch kann auf Dauer auch am besten der im vergangenen Jahr in verschiedenen Bereichen offenkundig gewordene Mangel an qualifizierten Arbeitskräften beseitigt werden. Unter diesen Voraussetzungen besteht die Aussicht, die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1980 auf 3½ bis 4 % der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 3 bis 3½ % aller Erwerbspersonen begrenzen zu können.

7. Die für 1980 angestrebte Begrenzung des Anstiegs der Verbraucherpreise auf eine Rate von rd. 4½ % ist angesichts der internationalen Preisentwicklung stabilitätspolitisch durchaus ehrgeizig. Insbesondere die abermalige kräftige Ölpreisanhebung, aber auch der anhaltende Anstieg anderer Einfuhrpreise wird sich noch für einige Zeit in einem beschleunigten Anstieg der Verbraucherpreise niederschlagen. Außerdem ist der hohe „Überhang" von rd. 2 % zu berücksichtigen, um den das Verbraucherpreisniveau 1979 am Jahresende bereits über dem Jahresdurchschnitt gelegen hatte. Im späteren Verlauf des Jahres 1980 muß es daher zu einer deutlichen Verlangsamung der Preisentwicklung kommen, wenn die genannte Zielsetzung nicht verfehlt werden soll. Dies schließt neben einer entsprechenden Entwicklung derjenigen Kosten und Preise, über deren Höhe im Inland entschieden wird, insbesondere auch ein, daß die im Dezember angekündigte weitere Anhebung der Mineralölpreise nicht wiederum im Jahresverlauf deutlich überschritten wird.

8. Auch in den meisten anderen Ländern dürfte 1980 die Bekämpfung der durch die weitere Ölverteuerung verschärften Inflationsgefahren im Vordergrund stehen. Dies und der zusätzliche Entzug realer Kaufkraft durch die OPEC-Staaten, der vermutlich auch weiterhin nur teilweise durch eine stärkere Nachfrageausweitung dieser Länder ausgeglichen werden kann, wird 1980 in nahezu allen Industrieländern zu einem Nachlassen der konjunkturellen Auftriebskräfte führen. Wie stark die weltweite Konjunkturabschwächung letztlich ausfällt, wird u. a. auch von dem weiteren Geschehen an den Ölmärkten abhängen.

In der Jahresprojektion ist unterstellt worden, daß sich das Wirtschaftswachstum 1980 in den meisten Industrieländern zwar fortsetzt, allerdings im Durchschnitt der OECD-Länder mit höchstens 1 % hinter der Vorjahresentwicklung zurückbleiben dürfte. Entsprechend wird auch für das Welthandelsvolumen von einer mit 2 bis 4 % geringeren Expansionsrate als im Vorjahr ausgegangen. Die reale Ausfuhrsteigerung der Bundesrepublik könnte allerdings etwas höher ausfallen, wenn sich die Erwartung bestätigt, daß die konjunkturelle Entwicklung in einigen wichtigen Abnehmerländern günstiger verläuft als im Durchschnitt der Industrieländer und auch die OPEC-Länder ihre Nachfrage wieder stärker ausweiten. Etwa im gleichen Maße dürften 1980 — bei dem projektierten Wirtschaftswachstum und nach Abzug des Preisanstiegs — die Einfuhren zunehmen.

Auch im Jahresdurchschnitt 1980 werden die Einfuhrpreise wegen der Verteuerung des Mineralöls voraussichtlich wieder erheblich stärker als die Ausfuhrpreise steigen, das Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen wird sich somit abermals verschlechtern. Für die Abschätzung der Auswirkungen der Ölpreisverteuerung auf die Ölrechnung der Bundesrepublik Deutschland wurde von dem Anfang Januar 1980 bekannten Preisniveau des Rohöls ausgegangen. Sollten sich hiervon im Verlaufe größere Abweichungen ergeben, hätte dies entsprechende Konsequenzen für die Ölrechnung. Bei dem hier zugrundegelegten Rohölpreisniveau dürfte sich die Ölrechnung [1]) der Bundesrepublik Deutschland, die bereits im Vorjahr von etwa 30 Mrd. DM im Jahr 1978 auf etwa 45 Mrd. DM angestiegen war, beim jetzigen Wechselkursniveau in diesem Jahr nochmals um etwa 20 Mrd. DM auf ca. 65 Mrd. DM oder rd. 4½ % des Bruttosozialprodukts (1978: knapp 2½ %) erhöhen. Aus diesem Grund wird sich das 1979 — erstmals seit 1965 — entstandene Defizit der Leistungsbilanz in diesem Jahr voraussichtlich deutlich vergrößern und der nominale Außenbeitrag weiter zurückgehen. Für die Außenbilanz ergibt sich somit 1979/80 eine völlig andere Entwicklung als in den beiden Jahren nach der ersten drastischen Anhebung der Mineralölpreise. Dies erklärt sich nicht zuletzt damit, daß die Ausfuhr in die OPEC-Länder 1974/75 sehr stark (um über 10 Mrd. DM) anstieg, während sie in den ersten elf Monaten von 1979 sogar um etwa 5 Mrd. DM unter dem Vorjahresniveau lag, und auch im weiteren Verlauf kaum mit einer ähnlichen starken Beschleunigung der Nachfrage aus den OPEC-Ländern zu rechnen ist wie damals. Das derzeitige Defizit in der Leistungsbilanz wirft kurzfristig — insbesondere angesichts der hohen Währungsreserven — keine Probleme auf, zumal es auch den internationalen Anpassungsprozeß

---

[1]) Netto, d. h. nach Abzug der Ausfuhr von Mineralölfertigerzeugnissen; in der „Spezialhandelsabgrenzung" der amtlichen Außenhandelsstatistik.

erleichtert. Mittel- und längerfristig muß jedoch ein Gleichgewicht angestrebt werden.

9. Die Realisierungsaussichten der für 1980 angestrebten Entwicklung werden weitgehend auch von den autonomen verteilungspolitischen Entscheidungen beeinflußt. Die Unternehmen müssen insbesondere berücksichtigen, daß der Rahmen der möglichen nominalen Gesamtentwicklung durch das Geldmengenziel der Bundesbank abgesteckt ist und sie mit ihrem preispolitischen Verhalten weitgehend darüber mitbestimmen, ob das angestrebte reale Wirtschaftswachstum erreicht werden kann. Die Tarifvertragsparteien sollten ihrerseits darauf achten, daß die Unternehmen nicht von der Kostenseite zu weitergehenden Preissteigerungen veranlaßt werden. In diesem Zusammenhang darf vor allem nicht übersehen werden, daß der über eine Reallohnabsicherung hinausgehende Verteilungsspielraum dadurch enger begrenzt wird, daß ein erheblicher Teil des bisherigen und für 1980 aus heutiger Sicht zu erwartenden Verbraucherpreisanstiegs eine unmittelbare Folge der von außen kommenden Kostensteigerungen ist. Die an das Ausland über die erhöhten Einfuhrpreise fließenden Einkommen sind im Inland nicht mehr zur Verteilung verfügbar. Diesen Zusammenhang zu verkennen oder zu ignorieren, müßte im Endergebnis auch für die Beschäftigungssituation Folgen haben. Den Bedingungen der Jahresprojektion würde im Jahresdurchschnitt 1980 ein Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer von rd. 6½ % entsprechen. Bei der erwarteten weiteren Steigerung der Zahl beschäftigter Arbeitnehmer um etwa ½ % im Jahresdurchschnitt 1980 würde das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit dann insgesamt um rd. 7 % zunehmen, d. h. etwa ebenso stark wie 1979 — bei allerdings erheblich schwächerem Zuwachs der Beschäftigtenzahl. Für das Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen [1]) könnte sich dann — bei der in der Jahresprojektion unterstellten Zunahme des Volkseinkommens — ein Anstieg von 4 bis 6 % ergeben.

[1]) Diese in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Rest ermittelte Einkommensgröße umfaßt allerdings nicht nur die für die Investitionsfähigkeit der Unternehmen wichtigen Unternehmensgewinne, sondern u. a. ebenfalls Zins- und Mieteinkünfte, die sich zusammen mit ausgeschütteten Dividenden auch in den Einkommen der Arbeitnehmer und der Rentner niederschlagen.

B. Für 1980 geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik

10. Auch angesichts der neuen weltwirtschaftlichen Risiken hält die Bundesregierung es für notwendig, an der mittelfristig angelegten Grundlinie der Wirtschafts- und Finanzpolitik festzuhalten. Stabilisierung des Preisniveaus und weitere Verbesserung der Beschäftigungslage behalten damit Vorrang. Diese grundsätzliche Orientierung schließt selbstverständlich wirtschafts- und finanzpolitische Reaktionen bei schwerwiegenden Veränderungen der Entwicklungsaussichten nicht aus.

I. Politik zur Förderung von Beschäftigung, Wachstum und Stabilität

11. Die anhaltenden Herausforderungen vom Erdölmarkt und die Unsicherheiten, die sich daraus für die weltwirtschaftliche Entwicklung ergeben, erfordern ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft in unserer Wirtschaft. Umstellungsinvestitionen, Innovation und Kostensenkung sind in dieser Situation vordringlich, damit die Arbeitsplätze und Einkommen erhalten bleiben. Die Leistungskraft der Volkswirtschaft zu stärken, ist in dieser energiewirtschaftlich kritischen Zeit besonders wichtig. Angesichts der wirtschaftlichen „Herausforderung von außen" sind gesamtwirtschaftliche Solidarität und gesamtwirtschaftliches Verantwortungsbewußtsein aller gesellschaftlichen Gruppen noch stärker geboten. Sie bilden das notwendige Fundament für die Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie die Bundesregierung sie 1980 für erforderlich hält.

Geld- und Kreditpolitik

12. Bundesregierung und Bundesbank stimmen darin überein, daß die Geldpolitik 1980 einen ausreichenden Finanzierungsspielraum für ein angemessenes reales Wachstum bereitstellen und zugleich den Preisanstieg von der monetären Seite her möglichst eng begrenzen muß.

Die Deutsche Bundesbank hat daher in Abstimmung mit der Bundesregierung beschlossen, die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom 4. Quartal 1979 bis zum 4. Quartal 1980 innerhalb einer Bandbreite von 5 bis 8 % zu halten. Dabei soll laufend überprüft werden, inwieweit Preis- und Konjunkturrisiken sowie die Entwicklung des Wechselkurses der D-Mark es angebracht erscheinen lassen, mehr die untere oder die obere Grenze der Bandbreite anzustreben. Diese Linie entspricht den realen Wachstumsmöglichkeiten, sie hält den Preiserhöhungsspielraum bei gleichzeitiger Berücksichtigung eines „Einmaleffekts" der Rohstoffverteuerung in engen Grenzen und trägt auch dem Abbau des in den Vorjahren geschaffenen Geldüberhangs Rechnung.

Die weitere Entwicklung der Wechselkurse hängt nicht zuletzt davon ab, inwieweit es insbesondere in den großen Industrieländern gelingt, die inflatorischen Tendenzen unter Kontrolle zu bringen. Dies ist vor allem für das Europäische Währungssystem von zentraler Bedeutung. Die Bundesregierung wird daher alle Vorschläge für eine engere Koordinierung stabilitätspolitischer Maßnahmen tatkräftig unterstützen, um in Zusammenarbeit mit ihren Partnern zum Abbau des Inflationsgefälles beizutragen.

Haushaltspolitik

13. Nachdem die Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren wesentlich zur Förderung des Wachstums und damit zur Verbesserung der Beschäftigungslage beigetragen hat, kommt es 1980 vor allem darauf an, die öffentliche Neuverschuldung in Grenzen zu halten. Der Konsolidierungsprozeß der öffentlichen Haushalte kann allerdings nur in Übereinstimmung mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen fortgeführt werden. Sollte sich die Konjunktur 1980 deutlich anders als voraussehbar entwickeln, muß die Finanzpolitik flexibel genug sein, sich veränderten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Daraus ergibt sich aus derzeitiger Sicht:

a) Die Ausgabensteigerung der öffentlichen Haushalte sollte niedriger als die erwartete Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts gehalten werden. Bund, Länder und Gemeinden haben diesem Erfordernis bei ihren Haushaltsplanungen für 1980 Rechnung getragen. Wenn sich beim Haushaltsvollzug Einsparungen ergeben, sind diese zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme zu verwenden. Eventuelle Steuermehreinnahmen, die über die Haushaltsplanungen hinaus anfallen, sind ebenfalls zur Verringerung der Neuverschuldung zu verwenden.

b) Aus wachstums- und beschäftigungspolitischen Gründen sollten die investiven Ausgaben auf jeden Fall auf dem geplanten hohen Niveau gehalten werden. Bei der Vergabe von Bauaufträgen und ihrer Durchführung ist auf eine stetige Entwicklung im Jahresverlauf zu achten.

c) Einer Überforderung der Kreditmärkte ist durch eine enge Koordinierung der Kreditanforderungen zwischen den Gebietskörperschaften vorzubeugen.

d) Das Programm für Zukunftsinvestitionen wird insbesondere auf Grund der bereits erteilten Aufträge auch 1980 im Baubereich erhebliche Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion haben; darüber hinaus dürften auch die

noch ausstehenden Auftragsvergaben aus diesem Programm (etwa 5 Mrd. DM) noch expansive Impulse auslösen. Über die von einigen Projektträgern beantragte Terminverlängerung für die Auftragsvergabe über den 31. Dezember 1980 hinaus wird — nach Abstimmung mit den Ländern — in Kürze entschieden werden.

e) Im Jahre 1980 wirkt sich auch das Gesetz über die Gewährung eines einmaligen Heizölkostenzuschusses vom 23. Oktober 1979 voll aus. Damit sollen die finanziellen Mehrbelastungen, die durch den plötzlichen und in seinem Ausmaß nicht vorhersehbaren Anstieg der Preise für leichtes Heizöl entstanden sind, für die einkommensschwachen Bevölkerungskreise gemildert und die auf Dauer unumgängliche Umstellung des wirtschaftlichen Verhaltens auf die neue Heizkostensituation erleichtert werden.

Steuerpolitik

14. Ab 1. Januar 1980 tritt ein bedeutender, vor allem für die gewerbliche Wirtschaft wichtiger Teil des Steueränderungsgesetzes 1979 mit Steuerentlastungen in einer Größenordnung von 5 bis 6 Mrd. DM in Kraft. Mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer und der Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen bei gewerbesteuerlichen Entlastungen. Hinzu kommt die Anhebung des Vorwegabzugs bei den Sonderausgaben, der vor allem den Selbständigen die notwendige Verbesserung bei der steuerlichen Berücksichtigung ihrer Vorsorgeaufwendungen bringt. Die Bundesregierung fordert in diesem Zusammenhang die Gemeinden erneut auf, die aus der beschlossenen Ausgleichsregelung ihnen zufließenden Steuermehreinnahmen, soweit sie nicht der Finanzierung von Lohnsummensteuerausfällen dienen, durch entsprechende Senkung der Gewerbesteuerhebesätze in vollem Umfang an die Wirtschaft weiterzugeben.

Unter Berücksichtigung der absehbaren wirtschaftlichen Entwicklung und der Sicherung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit wird die Bundesregierung für die Jahre 1981 und 1982 steuerliche Entlastungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen bis zu 17 Mrd. DM vorschlagen, die zugleich auch der Steuervereinfachung dienen. Das Schwergewicht der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen liegt bei einer Korrektur des Einkommensteuertarifs, die sowohl den Arbeitnehmern als auch den Selbständigen zugute kommt, und einer Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Lage der Familie. Hinzu kommen ergänzende Steuererleichterungen für Arbeitnehmer und Selbständige. Im einzelnen handelt es sich um folgendes:

a) Korrektur des Einkommensteuertarifs

Ab 1. Januar 1981

a 1. Verlängerung der Proportionalzone von 16 000/32 000 auf 18 000/36 000 DM

a 2. Abflachung der Progressionskurve bis zu Einkommen von 60 000/120 000 DM

a 3. Einarbeitung des Tariffreibetrags in den allgemeinen Grundfreibetrag, der auf 4 200/ 8 400 DM angehoben wird

b) Familienpolitische Maßnahmen

Ab 1. Januar 1981

b 1. Steuerlicher Kindergrundfreibetrag für jedes Kind in Höhe von 800 DM pro Elternteil (1 600 DM für beide Ehegatten)

b 2. Wegfall des Abzugsbetrags für Kinderbetreuungskosten

b 3. Anhebung des Haushaltsfreibetrags für Alleinstehende mit Kindern um 1 200 DM auf 4 200 DM

b 4. Erhöhung des Wohngeldes mit Verstärkung der familienbezogenen Leistungen

b 5. Kinderbezogene Leistungen beim Arbeitsförderungsgesetz und im Sozialversicherungsbereich

Ab 1. Januar 1982

b 6. Einführung eines Kinderzuschlags von 300 DM pro Kind in den ersten sechs Monaten nach der Geburt

c) Ergänzende Maßnahmen für Arbeitnehmer, Selbständige und Freie Berufe

c 1. Anhebung des Weihnachtsfreibetrags um 200 DM auf 600 DM ab 1980

c 2. Übernahme der ertragsteuerlichen Werte für Pensionsrückstellungen bei der Einheitsbewertung des Betriebsvermögens ab 1. Januar 1981

c 3. Anhebung der Sonderausgaben-Höchstabzugsbeträge um 240/480 DM auf 2 340/4 680 DM ab 1. Januar 1982

c 4. Anhebung des steuerlichen Vorwegabzugsbetrages für Vorsorgeaufwendungen um 500/1 000 DM auf 3 000/6 000 DM ab 1. Januar 1982

d) Vereinfachung des Steuerrechts und des Kindergeldes.

Für das Jahr 1980 hält die Bundesregierung außerdem eine Weiterentwicklung des Steuerrechts und Vereinfachung des Steuersystems für notwendig. So hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, dessen Kernstück der Ausschluß der steuerlichen Anerkennung eines negativen Kapitalkontos bei nur beschränkt haftenden Mitunternehmern von Personengesellschaften bildet. Mit der vorgesehenen Neuregelung soll das Betätigungsfeld der sog. Abschreibungsgesellschaften eingeschränkt und die damit verbundene Fehlleitung von privatem Kapital wesentlich gemindert werden. Mit dem Gesetzentwurf für ein Zweites Steu-

eränderungsgesetz 1979 sollen neben der Verlängerung und Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten für den Umweltschutz und der Verdoppelung der Bergmannsprämie zahlreiche steuerrechtliche Vorschriften vereinfacht werden. Ein weiterer Gesetzentwurf sieht die Abschaffung einiger Bagatellsteuern ab 1. Januar 1981 vor.

Arbeitsmarktpolitik

15. Die Arbeitsmarktpolitik hat im Jahre 1979 wesentlich zur Verbesserung der Beschäftigungslage beigetragen. Insbesondere die intensiven Bemühungen um Ungelernte, Ältere, längerfristig Arbeitslose, Frauen und durch regionale Arbeitslosigkeit Betroffene haben sich im Jahre 1979, gestützt auf einen günstigen Konjunkturverlauf, als erfolgreich erwiesen. Das Erwerbspersonenpotential wird sich vor allem wegen der Bevölkerungsentwicklung auch im Jahre 1980 erhöhen. Deshalb ist der volle Einsatz des durch das 5. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz verbesserten arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums erforderlich.

Trotz der bisherigen Erfolge gibt es weiterhin Probleme für den Arbeitsmarkt:

a) Auf Teilmärkten wird trotz gesamtwirtschaftlicher Arbeitslosigkeit zunehmend ein Mangel an Facharbeitern und angelernten Arbeitskräften sichtbar, der vor allem durch verstärkte Bemühungen zur Ausbildung und Weiterbildung behoben werden muß.

b) Die regionalen Unterschiede des Arbeitsmarktes bestehen fort.

c) Ältere und schwerbehinderte Arbeitslose sowie Teilzeitarbeit suchende Frauen und Ungelernte sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.

Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1980 ermöglicht eine spürbare Erhöhung der Zahl der Teilnehmer an beruflichen Bildungsmaßnahmen. Neben den Ausgaben für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung sind wiederum hohe Mittelansätze bzw. Verpflichtungsermächtigungen für die Förderung der Arbeitsaufnahme und die allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vorgesehen. Die bereits 1979 eingeleiteten Aktivitäten zur Entlastung des Arbeitsmarktes werden fortgesetzt werden. Das 1979 angelaufene Arbeitsmarktpolitische Programm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen wird 1980 voll wirksam werden.

Preis- und einkommenspolitisches Verhalten

16. Die einkommenspolitischen Entscheidungen der Tarifvertragsparteien trugen 1979 wesentlich zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen der Wirtschaft bei, die zu höheren Investitionen und zu einem deutlichen Anwachsen der Beschäftigtenzahl führten. Dabei nahm trotz der vor allem ölpreisbedingten Erhöhung des Verbraucherpreisniveaus auch das reale Einkommen je Beschäftigten weiter zu. Die Ausgewogenheit der Tarifentscheidungen hat sich gesamt- und einzelwirtschaftlich ausgezahlt. Die Bundesregierung hält es für erforderlich, daß sich Tarifvertragsparteien und Unternehmen weiterhin in ihren einkommens- und preispolitischen Entscheidungen an den Erfordernissen einer Verbesserung der Wachstumsbedingungen und Beschäftigungssituation orientieren.

Mit diesem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz die erforderlichen gesamtwirtschaftlichen Orientierungsdaten für 1980 zur Verfügung. Sie sollten auch bei den preis- und einkommensrelevanten Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405 a Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden. Das preis- und tarifpolitische Klima wird wesentlich davon bestimmt, ob die Unternehmen lediglich den Anstieg der Öl- und anderen Rohstoffpreise in ihren Abgabepreisen weitergeben oder ob sie diesen unvermeidbaren Kostenanstieg zum Anlaß für weitere Ertragsverbesserungen nehmen. Die Verantwortlichen sollten bedenken, daß eine kurzsichtige Preiserhöhungspolitik sich nicht auszahlt, weil sie das Wirtschafts- und Sozialklima verdirbt, zu höheren Lohnforderungen führt und die Gegenwehr der Stabilitätspolitik herausfordert.

Bei den tarifpolitischen Entscheidungen sollte berücksichtigt werden, daß die starken, außenwirtschaftlich bedingten Verteuerungen — vor allem beim Öl — einen größeren Anspruch des Auslands auf das heimische Sozialprodukt und eine entsprechende Beschneidung des Verteilungsspielraums bedeuten. Dieses zu beachten heißt, der gesamtwirtschaftlichen Mitverantwortung für Preisniveaustabilität, Wachstum und Beschäftigung gerecht zu werden.

* * *

17. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftspolitischen Probleme für 1980 wurden mit dem Konjunkturrat für die öffentliche Hand erörtert. Diese Beratungen ergaben weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung der Aussichten und Risiken für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung.

II. Wirtschaftspolitik im europäischen und internationalen Zusammenhang

18. Die verschlechterten Aussichten für die Weltkonjunktur und die weltweit verstärkten Inflationsgefahren machen eine internationale Abstimmung der Wirtschaftspolitik notwendiger denn je. Die Bundesregierung wird auch 1980 dazu ihren Beitrag leisten.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist die beharrliche Inflationsbekämpfung eine wichtige Voraussetzung, um die Wachstums-, Struktur- und damit auch die Beschäftigungsprobleme in der Weltwirtschaft zu überwinden. Gleichzeitig ist es erforderlich, die die Weltwirtschaft belastenden

Energieprobleme durch eine energische Politik der Energiesubstitution und -einsparung abzubauen. Insbesondere in den Industrieländern ist die strukturelle Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft der Wirtschaft an sich ändernde Bedingungen durch eine Politik des Wettbewerbs — national und international — und eine „Politik der positiven Anpassung" (entsprechend den Orientierungen des OECD-Ministerrats vom 13./14. Juni 1979) zu fördern. Denn Protektionismus und strukturerhaltende Maßnahmen behindern die Wachstumskräfte sowie die Entfaltung der internationalen Arbeitsteilung und verhärten die Inflationsprobleme.

Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

19. Die im Jahre 1979 verbesserte wirtschaftliche Lage der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist vor allem durch den drastischen Preisanstieg bei Öl und Ölprodukten, die damit verbundene Beschleunigung des ohnehin hohen Inflationstempos und die wachsende Unsicherheit in der Energieversorgung erneut belastet worden. Im laufenden Jahr muß deshalb mit einer deutlichen Wachstumsabschwächung gerechnet werden; die Beschäftigung dürfte sich in den meisten Ländern der Gemeinschaft 1980 nicht mehr weiter bessern. Die europäische Wirtschaftspolitik muß sich in dieser Situation darauf konzentrieren, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die derzeitige Inflationsbeschleunigung sowie die sich abzeichnende Wachstumsverlangsamung nur vorübergehenden Charakter haben und bald überwunden werden können. Dies erfordert auch weitere Bemühungen um den Ausbau des Gemeinsamen Marktes und um die Öffnung nach außen.

20. Nach Auffassung der Bundesregierung hat das neue Europäische Währungssystem (EWS) die währungspolitische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gefördert und verstärkt. In der wirtschafts- und währungspolitischen Koordinierung sind jedoch weitere Fortschritte dringend geboten, damit das EWS die zusätzlichen Belastungen aus der jüngsten Entwicklung im Energiebereich unbeschadet übersteht. Die Bundesregierung wird daher alle Vorschläge unterstützen, die geeignet sind, diese Koordinierung zu verbessern, um die Annäherung der wirtschaftlichen Entwicklung der Mitgliedstaaten zu fördern.

21. Der Europäische Rat hat erneut auf die Bedeutung eines koordinierten Konzepts für die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des EWS hingewiesen und den Vorrang der Inflationsbekämpfung bestätigt. Eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten ist die beste Voraussetzung für wirtschaftliche Annäherung in Europa. Die relative Preisniveaustabilität in der Bundesrepublik Deutschland erleichtert und unterstützt die stabilitäts- und wachstumspolitischen Anstrengungen ihrer Partner.

Internationale Währungspolitik

22. Sorge bereitet das erneute Außenbilanzungleichgewicht zwischen den Ölausfuhrländern einerseits und den meisten Öleinfuhrländern andererseits. Die internationalen Finanzierungsmechanismen werden dadurch neuen Belastungen ausgesetzt. Nach Auffassung der Bundesregierung ist deshalb folgendes notwendig:

Vor allem muß die Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte erhalten werden. Die Bundesregierung bemüht sich zusammen mit anderen interessierten Ländern, die Aufsicht über die international tätigen Kreditinstitute zu verbessern, insbesondere um die Kreditrisiken in vertretbaren Grenzen zu halten. Die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür sollen in einer Novelle zum Kreditwesengesetz geschaffen werden.

Darüber hinaus müssen die multilateralen Finanzierungsinstitutionen gestärkt werden. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß der Internationale Währungsfonds seine Befugnisse zur Überwachung der Wirtschafts- und Wechselkurspolitik seiner Mitgliedsländer voll nutzt. Die Bundesrepublik Deutschland wird im Laufe des Jahres — im Rahmen allgemeiner Quoten- bzw. Kapitalerhöhungen dieser Institute — ihre Beteiligung am internationalen Währungsfonds um 50 % erhöhen und ihren Kapitalanteil an der Weltbank verdoppeln. Außerdem beteiligt sie sich mit 12,5 % an der im Januar vereinbarten Wiederauffüllung des Entwicklungsfonds der Weltbank (IDA VI).

Auch die Ölerzeugerländer selbst müssen ihren Teil zur Rückschleusung der Überschüsse insbesondere in die Defizitländer — nicht zuletzt in die Entwicklungsländer — beitragen.

23. Obwohl auch andere Währungen zunehmend als Anlage- und Reservewährung verwendet werden, bleibt der US-Dollar in dieser Funktion unersetzbar. Deshalb besteht ein weltweites Interesse an seiner nachhaltigen Stabilisierung. Die Bundesregierung begrüßt die nachdrücklichen Bemühungen der amerikanischen Währungsbehörden um eine Stabilisierung des Dollars. Die Schaffung eines Substitutionskontos im Internationalen Währungsfonds könnte dazu beitragen, daß eine Streuung der Anlagen erleichtert wird.

Außenwirtschaftspolitik

24. Die Verlangsamung von Weltkonjunktur und Welthandel wird protektionistische und strukturerhaltende Neigungen verstärken. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin nachdrücklich dafür ein, den Stand der Welthandelsliberalisierung mindestens zu bewahren und eine weitergehende Integration der Entwicklungsländer zu ermöglichen. Alle Teilnehmer am Welthandel tun gut daran, protektionistischen Wünschen eine eindeutige Absage zu erteilen und die Ergebnisse der erfolgreichen Tokio-Runde im GATT zügig in die handelspolitische Wirklichkeit umzusetzen.

25. Neben den in der Tokio-Runde vereinbarten Zollsenkungen um annähernd ein Drittel sind vor allem die Ergebnisse im nicht-tarifären Bereich mit den GATT-Kodices (Subventionen und Ausgleichszölle, Regierungskäufe, Zollwert, technische Handelshemmnisse) bedeutsam. Ein wichtiger Schritt ist auch die ausdrückliche Anerkennung und Legalisierung der bevorzugten Behandlung von Entwicklungsländern im GATT. Offen geblieben ist vorerst die Neuregelung der Schutzklausel nach Artikel XIX. Die Verhandlungen hierüber werden in einem besonderen GATT-Ausschuß fortgesetzt.

Die inzwischen von der EG und den Mitgliedsländern unterzeichneten Vereinbarungen der Tokio-Runde stellen eine entscheidende Weichenstellung für die Handelspolitik der 80er Jahre dar. Die Stellung des GATT als welthandelspolitisches Instrument und Forum ist nachhaltig gestärkt und sollte weiter gefördert werden. Das gilt für das Verhältnis der großen Welthandelsländer untereinander und auch für das Nord-Süd-Verhältnis.

26. Die weitere Integration der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung ist eine der wichtigsten außenwirtschaftspolitischen Aufgaben. Dafür ist die Weiterentwicklung des Allgemeinen Zollpräferenzsystems der EG notwendig. Die Interessen der ärmsten Entwicklungsländer sind dabei besonders zu berücksichtigen. Die fortgeschrittenen Entwicklungsländer sollten allmählich die Regeln der Meistbegünstigung annehmen.

Um die für den Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern sehr bedeutsamen Direktinvestitionen zu verstärken, ist das Entwicklungsländer-Steuergesetz nunmehr unbefristet verlängert und gleichzeitig verbessert worden. Die Bundsregierung ist darüber hinaus zum Abschluß weiterer Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen mit den Entwicklungsländern bereit. Außerdem hat die Bundesregierung ein Programm zur Förderung der Niederlassung deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern beschlossen.

27. Die Wirtschaftsbeziehungen mit den verschiedenen Ländergruppen der Dritten Welt sollen weiter verstärkt werden. Die Bundesregierung begrüßt das zweite Lomé-Abkommen; es wird dazu beitragen, die Beziehungen zwischen der EG und den assoziierten Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik zu festigen. Der Europäisch-Arabische Dialog mußte zwar wegen der Bagdader Beschlüsse im Februar 1979 vorerst ausgesetzt werden, doch bemühen sich beide Seiten, ihn möglichst bald wieder aufzunehmen.

Die Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen der EG mit den ASEAN-Staaten sind erfolgreich abgeschlossen worden. Die Unterzeichnung des Abkommens, für das sich die Bundesregierung besonders eingesetzt hat und das sie sehr begrüßt, soll in den ersten Monaten dieses Jahres vorgenommen werden. Die Bundesregierung beteiligt sich aktiv an der multilateralen Stützungsaktion zugunsten der Türkei; sie ist zu einer weiteren Initiative bereit. Von dem von der EG mit Jugoslawien abzuschließenden Handels- und Kooperationsabkommen erwartet die Bundesregierung eine weitere Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen.

28. Die Bundesregierung prüft gegenwärtig zusammen mit ihren Partnern, vor allem in der EG, welche Positionen sie in den für 1980 in den Vereinten Nationen vorgesehenen globalen Verhandlungen über wesentliche Fragen des Nord-Süd-Dialogs einschließlich Energiefragen einnehmen wird. Der Energiefrage muß dabei die ihr gebührende eigenständige Rolle zugewiesen werden. Die Zuständigkeiten insbesondere des GATT und des Internationalen Währungsfonds dürfen durch diese globalen Verhandlungen nicht eingeschränkt werden.

Wie die Regierungen anderer westlicher Industrieländer gewährt die Bundesregierung seit 1978 Entwicklungshilfe an die am wenigsten entwickelten Länder ausschließlich in Form von Zuschüssen. Auf Antrag werden im Einzelfall frühere Entwicklungshilfekredite an diese Länder in Zuschüsse umgewandelt. Der mit der Umwandlung verbundene Verzicht beläuft sich bisher auf rd. 3,5 Mrd. DM.

29. In der internationalen Rohstoffpolitik strebt die Bundesregierung nach wie vor marktkonforme Lösungen zur Verbesserung der Struktur der Rohstoffmärkte an. Durch die Entscheidung vom März 1979 über die Schaffung eines Gemeinsamen Fonds ist insgesamt eine Regelung erreicht worden, mit der unverzichtbare marktwirtschaftliche Bedingungen des Welthandels gewahrt werden: Der Gemeinsame Fonds übernimmt nur Finanzierungsaufgaben und darf selbst nicht auf den Rohstoffmärkten intervenieren. Ein Interimsausschuß wird jetzt ein konkretes Abkommen formulieren.

30. Um die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen zu angemessenen Bedingungen langfristig zu sichern und zu verbessern, setzt die Bundesregierung weiterhin vor allem das rohstoffspezifische Explorationsprogramm und das außenwirtschaftliche Gewährleistungsinstrumentarium ein. Sie wirkt in einem ständigen Dialog mit der Wirtschaft auf eine ausreichende Bevorratung hin; für „besonders sensible Industrierohstoffe" bereitet sie ergänzend ein Programm zur Aufstockung der Vorräte vor. Der Wirtschaftsablauf soll dadurch gegen kurzfristige Störungen der Versorgung abgesichert werden.

31. Die 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen für eine neue Konvention wird 1980 in eine entscheidende Phase treten. Für den Bereich „Internationales Meeresbodenregime" sind noch keine befriedigenden Lösungen für Zugang zu und Erschließung von Rohstoffquellen der Tiefsee erkennbar. Die Bundesregierung wird sich jedoch in den Verhandlungen weiter um Regelungen bemühen, die allen Staaten und Unternehmen einen unbehinderten Zugang zum Tiefseebergbau ermöglichen.

32. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den Staatshandelsländern werden durch die sich allerdings insgesamt verringernden Handelsbilanzdefizite dieser Länder begrenzt. Sollen die Osthandelsbeziehungen wieder stärker wachsen, so setzt dies vor allem eine verbesserte Lieferfähigkeit der Staatshandelsländer sowie eine angemessene Aufnahmebereitschaft der EG voraus.

III. Ordnungs- und Strukturpolitik

33. Voraussetzung jeder erfolgreichen Stabilitäts-, Wachstums- und Beschäftigungspolitik sind funktionsfähige Märkte. Die notwendigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen dafür werden vor allem durch die Wettbewerbs-, Struktur-, Mittelstands- und Verbraucherpolitik gestaltet. Strukturerhaltende Subventionen und Interventionen führen in der Regel über nachlassenden Wettbewerb und falsche Preissignale rasch zu verzerrten Strukturen mit nachteiligen Folgen für Wachstum und Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft. Durch solche Maßnahmen können Strukturprobleme günstigenfalls vorübergehend überdeckt werden. Die unvermeidlichen Anpassungsprozesse führen erfahrungsgemäß zu um so schwereren zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft, je länger sie hinausgezögert werden.

Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik

34. Um wettbewerbliche Marktstrukturen zu erhalten, ist es vordringlich, die erkennbar gewordenen Lücken und Schwächen des geltenden kartellrechtlichen Instrumentariums zu beseitigen. Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf für eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (BT-Drucksache 8/2136) sieht insbesondere einen Ausbau der Fusionskontrolle, der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen, des Diskriminierungs- und Behinderungsverbots sowie der Aufsicht über die Versorgungswirtschaft vor.

Die wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen sollen auch durch den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (BT-Drucksache 8/2145) fortentwickelt werden. Diese Novelle soll insbesondere die Rechtsposition des Verbrauchers verbessern.

Um eventuellen Machtmißbräuchen international tätiger Unternehmen wirksamer als bisher entgegentreten zu können, bemüht sich die Bundesregierung um verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Kartellbehörden insbesondere zwischen den großen Industriestaaten.

35. Ständige sachgerechte Information der Verbraucher belebt den Wettbewerb. Zur Förderung der Anpassung an die strukturellen Veränderungen im Energiesektor werden die Verbraucher auch in Zukunft regelmäßig auf die Bedeutung und die Möglichkeiten des rationellen und sparsamen Umgangs mit Energie durch zahlreiche Informationshilfen hingewiesen.

Mittelstandspolitik

36. Das Nebeneinander von großen, mittleren und kleinen Unternehmen ist notwendig für die Erhaltung funktionsfähiger Märkte und die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Dezentrale Entscheidungsstrukturen tragen vor allem zur zügigen Anpassung der Volkswirtschaft an veränderte Bedingungen bei.

Das „Aktionsprogramm zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen" wird deshalb fortgeführt. Seine Wirksamkeit wird durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts und auf Grund der 1980 in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen erhöht.

Es wird ergänzt durch die verstärkte Förderung von Existenzgründungen und die Stärkung des Innovationspotentials mittelständischer Unternehmen. Das Mitte 1979 angelaufene Eigenkapitalhilfe-Programm erleichtert das Gründen von gewerblichen Unternehmen und den Start zu wirtschaftlicher Selbständigkeit in einem freien Beruf. Der Mitteleinsatz für das ERP-Existenzgründungsprogramm (einschließlich des ERP-Standortprogramms) wird voraussichtlich auf 840 Mio DM erhöht. Kleine und mittlere Unternehmen werden in wachsendem Umfang durch die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt. Die Mittel für das 1979 angelaufene Programm zur Gewährung von Zuschüssen für das in Forschung und Entwicklung tätige Personal werden 1980 auf 390 Mio DM aufgestockt.

Finanzielle Anreize und Erleichterungen können aber auch in der Mittelstandspolitik nur Instrumente sein, die die Eigeninitiative und Dynamik der Unternehmen ergänzen.

Berufliche Bildung

37. Der Ausbildungsstellenmarkt war im letzten Jahr zum ersten Mal seit 1974 wieder insgesamt durch ein Überangebot an betrieblichen Ausbildungsstellen gekennzeichnet. Diese erfreuliche Entwicklung muß sich auch im Jahre 1980 fortsetzen, damit jeder Jugendliche eine berufliche Qualifizierung erhalten kann und sektorale sowie regionale Ungleichgewichte weiter abgebaut werden. Es liegt im Interesse der Wirtschaft selbst, durch verstärkte Ausbildung der geburtenstarken Jahrgänge einem Facharbeitermangel entgegenzuwirken, der sich durch den Rückgang der Zahl der Schulabgänger ab Mitte der 80er Jahre noch verstärken dürfte.

Die Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und die Fördermaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und der Gewerbeförderung werden fortgesetzt.

Sektorale Strukturpolitik

38. Die Bundesrepublik Deutschland kann ihren Platz unter den führenden Industrienationen nur durch eine ständige dynamische Anpassung ihrer Wirtschaftsstruktur halten. Es ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, sich auf Strukturwandel einzustellen und die darin liegenden Investitionschancen im Wettbewerb zu nutzen. Die deutsche Wirtschaftspolitik ist darauf ausgerichtet, den Unternehmen die geeigneten Rahmenbedingungen zu sichern und unzumutbare soziale Härten infolge des Strukturwandels zu vermeiden. Eine zögerliche Strukturanpassung oder gar eine Strukturerhaltungspolitik vermindern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Schlechte Erfahrungen mit Strategien defensiver Strukturpolitik haben in einer Reihe von anderen Industriestaaten zu einem Umdenken geführt. Die Bundesregierung begrüßt es, daß die Notwendigkeit einer die Anpassungsbereitschaft fördernden Politik inzwischen international mehr Zustimmung findet.

39. Die Durchsetzung einer solchen Politik stößt aber auch im Inland oft auf Widerstand. Im Einzelfall ist es nicht selten schwierig, eine Übereinstimmung über die notwendige positive Anpassung zu erzielen. Die unmittelbar Betroffenen ziehen verständlicherweise in der Regel defensive und selektive Maßnahmen, obwohl diese allenfalls vorübergehend helfen, weniger konkreten und in der Zukunft liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorteilen vor. Insbesondere bei Anpassungserfordernissen in Großunternehmen ist der Druck auf staatliche Erhaltungssubventionen meist sehr stark. Die Bundesregierung wird sich jedoch im Interesse der Konsumenten, der Wettbewerber und insbesondere der dauerhaften Leistungsfähigkeit und Beschäftigung in der gesamten Volkswirtschaft solchen Wünschen widersetzen. Gerade in der Strukturpolitik ist die Anerkennung einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtungsweise unerläßlich.

Je mehr die Investitionen die Führungsrolle im Wachstumsprozeß übernehmen, um so weniger werden strukturerhaltende Maßnahmen gefordert. Denn der Aufbau neuer Kapazitäten und die Schaffung neuer Arbeitsplätze erleichtern die Bewältigung sozialer Folgen eines sich im strukturellen Wandel vollziehenden Abbaus ökonomisch nicht mehr nutzbarer Kapazitäten. Wachstums-, Beschäftigungs- und positive Anpassungspolitik bedingen sich somit gegenseitig.

40. Eine wesentliche Triebkraft der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung hochindustrialisierter Volkswirtschaften ist der technische Fortschritt. Da er sich weltweit vollzieht, kann sich ein einzelnes Land seiner Dynamik nicht entziehen. Vor allem in einer exportintensiven Wirtschaft darf der technische Fortschritt nicht hinter dem zurückbleiben, was in vergleichbaren Ländern erreicht wird; das gilt sowohl für neue Produkte als auch für neue Produktionsverfahren. Probleme wie die weltweite Energie- und Rohstoffverknappung sind ohne technischen Fortschritt nicht zu lösen.

Trotz einzelner Ansätze zur Beschleunigung dürfte, wie auch jüngste Forschungsergebnisse bestätigen, der technische Fortschritt insgesamt aus heutiger Sicht auch in der absehbaren Zukunft mit herkömmlichem Tempo und insgesamt in überschaubaren Bahnen verlaufen. Die durch den technischen Wandel verursachten Anpassungen können sich daher im Sozial- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland auch künftig ohne unvertretbare Härten vollziehen.

41. Der technische Fortschritt kann nicht allein auf der Grundlage partieller Beschäftigungswirkungen von technologisch bedingten Produktivitätssteigerungen in einzelnen Bereichen bewertet werden. Vielmehr sind die Beschäftigungs-, Wachstums- und Wettbewerbseffekte sowie die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen des technischen Fortschrittes insgesamt zu beachten.

Die bisherige breite Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlich relevanten Gruppen, insbesondere den Sozialpartnern, über die Notwendigkeit eines stetigen technischen Fortschritts muß im Interesse der langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Stabilität erhalten bleiben. Die Sozialpartner sollten zu einer gleichgewichtigen Entwicklung zwischen technischem Fortschritt, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen.

Aufgabe des Staates ist es, günstige Voraussetzungen für technologischen Fortschritt, Innovation und Investition zu schaffen.

Strukturberichterstattung

42. Ende 1980 werden die Wirtschaftsforschungsinstitute die ersten Strukturberichte abgeschlossen haben. Die vorliegenden Zwischenberichte enthalten eine Fülle von vorläufigen Ergebnissen. Sie zeigen jedoch auch die Schwierigkeiten, die bereits beim Nachzeichnen von Strukturprozessen auftreten. Beispielsweise verwenden die Institute bei der wichtigen Frage der Messung des strukturellen Wandels unterschiedliche Konzepte. Nicht zuletzt deshalb beurteilen sie die Frage, ob sich das Tempo des Strukturwandels verlangsamt oder beschleunigt hat, verschieden. Die Ergebnisse insgesamt zeigen, daß besonders der Zusammenhang zwischen sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung noch systematischer erforscht werden muß. Gemessen am Standard gesamtwirtschaftlicher Analysen auf anderen Gebieten, besteht bei empirischen Strukturanalysen ein großer Aufholbedarf. Angesichts des vorläufigen Charakters der Aussagen der Institute in den Zwischenberichten sieht die Bundesregierung davon ab, zu diesen Zwischenergebnissen hier im einzelnen Stellung zu nehmen.

Die Bundesregierung verspricht sich von den künftigen Strukturanalysen für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mehr Aufschluß über die Wirkung

von wirtschaftspolitischen Interventionen und von Subventionen nicht nur auf einzelne Bereiche, sondern vor allem auch auf die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft. Sie erwartet davon eine von der Einsicht in die Zusammenhänge getragene breitere Übereinstimmung für eine konsequente positive Anpassungspolitik. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Strukturberichterstattung auch über 1980 hinaus fortgesetzt und weiterentwickelt werden sollte.

Sektorale Strukturpolitik in besonderen Bereichen

43. Im Dezember 1979 verabschiedete der EG-Ministerrat insbesondere auf Drängen der Bundesrepublik Deutschland den Subventionskodex für den Stahlbereich. Danach sollen Subventionen im Eisen- und Stahlbereich nur noch zulässig sein, soweit sie der Umstrukturierung oder Anpassung der Stahlunternehmen an die geänderte Marktsituation dienen; dies gilt ausdrücklich auch für Staatsunternehmen.

Außerdem beschloß der Ministerrat vor dem Hintergrund einer im Verlauf des Jahres 1979 weiter gefestigten Marktlage sowie verstärkter Umstrukturierungs- und Anpassungsmaßnahmen der gemeinschaftlichen Stahlindustrie für 1980 eine Rückführung der seit mehr als zwei Jahren bestehenden Stahlkrisenmaßnahmen. Im Binnenbereich gilt dies besonders für die Preisregelungen: Die verbindlichen Mindestpreise für Beton- und Stabstahl werden bis zur Jahresmitte 1980 ausgesetzt; danach laufen sie aus, sofern keine neuen Beschlüsse ergehen. Allein der Mindestpreis für Warmbreitbandstahl soll 1980 noch beibehalten werden. Im Außenbereich wird bei einer Reihe von Ländern auf Liefervereinbarungen verzichtet; auch der Umfang der von diesen Abkommen erfaßten Erzeugnisse soll abgebaut werden. Die Konsultationsklausel für Erzeugnisse der 1. Verarbeitungsstufe, die ein Übergreifen des Stahlaußenschutzes auf Produkte bedeutet hat, die dem EGKS-Vertrag nicht unterliegen, soll künftig in den Drittlandsabkommen nicht mehr enthalten sein.

44. Die Bundesregierung wird gemäß dem im Januar 1979 verabschiedeten Programm für Schiffbau und Schiffahrt die Auftragshilfen als zeitlich begrenzte Krisenmaßnahmen auch 1980 weiterführen. Damit soll den deutschen Werften im internationalen Wettbewerb, der durch zahlreiche Subventionen verfälscht ist, die Hereinnahme neuer Aufträge und zugleich die Anpassung an die weltweit verminderte Nachfrage erleichtert werden. Diese Maßnahmen sind bis Ende 1981 befristet. Die Bundesregierung wird sich weiterhin vorrangig für den Abbau der Subventionen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der OECD einsetzen.

45. In der Luft- und Raumfahrtindustrie erwartet die Bundesregierung insbesondere im Hinblick auf die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze einen raschen Abschluß der Verhandlungen der Industrie zur Umstrukturierung dieses technologisch wichtigen Sektors. Damit sollen die Voraussetzungen für eine weitere Leistungssteigerung und die dringend gebotene Kostensenkung geschaffen werden. Die Chancen hierzu sind gerade in der gegenwärtigen Phase besonders groß, in der die Industrie umfangreiche Investitionen vorsieht, um der stark gestiegenen Nachfrage nach dem Airbus Rechnung zu tragen.

Energiepolitik

46. Aus gegenwärtiger Sicht erscheint die Versorgungslage 1980 mit Mineralöl gesichert; die Ölvorräte weisen eine bisher nicht erreichte Höhe auf. Die Unsicherheiten über die künftige Entwicklung des Weltölmarktes sind jedoch erheblich. Vor diesem Hintergrund steht die Energiepolitik mehr denn je vor der Aufgabe, die Energieversorgung sicherzustellen.

a) Die Politik der Bundesregierung zur sparsamen und rationellen Energieverwendung wird fortgesetzt. Durch die Energiesparmaßnahmen der 2. Fortschreibung des Energieprogramms und die Beschlüsse vom 16. Mai 1979 und 12. September 1979 sind die wesentlichen Ansätze zur Energieeinsparung erfaßt; im Jahre 1980 wird daher die weitere Realisierung dieser Beschlüsse im Mittelpunkt stehen.

   Um einen stärkeren Anreiz für die Energieeinsparung bei der Raumheizung zu geben, wird 1980 die Einführung einer verbrauchsgerechten Heizkostenabrechnung im freifinanzierten Wohnungsbau angestrebt. Für die Förderung der Fernwärme und für den Bau weiterer Kohleheizkraftwerke nach Auslaufen des Programms für Zukunftsinvestitionen ist im Bundeshaushalt 1980 eine Verpflichtungsermächtigung von insgesamt 600 Mio DM vorgesehen. Im Verkehrsbereich wird die Bundesregierung u. a. mit den deutschen Automobilherstellern über eine frühere Erfüllung der für 1985 eingegangenen Verpflichtungen zur Reduzierung des durchschnittlichen Kraftstoffverbrauchs verhandeln. Parallel hierzu fördert die Bundesregierung die Entwicklung kraftstoffsparender Verbrennungsmotoren für Kraftfahrzeuge. Für öffentliche Bauten wird sie ab 1980 ein mittelfristiges Programm energiesparender Investitionen durchführen.

   Die Bundesregierung wird die Information und die Beratung privater Verbraucher sowie kleiner und mittlerer Unternehmen über die Möglichkeiten sparsamer Energieverwendung verstärkt fortsetzen.

b) Erhöhtes Gewicht ist auf die Ausschöpfung der Substitutionsmöglichkeiten von Öl zu legen. Dabei wird der Vorrang der deutschen Steinkohle zu beachten sein.

   Aus längerfristigen Überlegungen kann aber nicht auf Importkohle verzichtet werden; sie wird bei der künftigen Energieversorgung eine wachsende Rolle zu spielen haben. Die Bundes-

regierung hat deshalb als ersten Schritt für die Jahre 1979 bis 1981 eine Erhöhung der Einfuhrkontingente für Steinkohle um 1,1 Mio DM t/a beschlossen, die ausschließlich zum Ersatz von Öl in der Industrie Verwendung finden werden. Sie wird in Kürze über die Beschleunigung der kommerziellen Nutzung der Kohleveredelung (Kohlevergasung und Kohleverflüssigung) entscheiden. Die Förderung technologischer Entwicklungen zur Nutzung industrieller Abwärme, alternativer Energiequellen sowie der Wärme-Kraft-Koppelung wird fortgeführt.

c) Im Bereich der Kernenergie hält die Bundesregierung an ihrer Aussage in der 2. Fortschreibung des Energieprogramms fest, daß zur Dekkung des mittel- und langfristigen Kapazitätsbedarfs in den einzelnen Lastbereichen, insbesondere unter regionalen Aspekten, der Bau weiterer Kernkraftwerke unerläßlich und auch auf Grund des erreichten hohen Sicherheitsstandards vertretbar ist. Sie mißt der mit den Ländern getroffenen Vereinbarung zur Entsorgung der Kernkraftwerke große Bedeutung zu und erwartet, daß diese Vereinbarung auch von den Ländern rasch durchgeführt wird und anstehende Genehmigungsverfahren zügig behandelt werden.

d) Auch für Erdgas gelten die in der 2. Fortschreibung des Energieprogramms aufgezeigten Ziele fort, bei steigendem Angebot ein hohes Maß an Diversifikation der Bezugsquellen zu erhalten und Erdgas verstärkt im Haushaltssektor einzusetzen. Die Bundesregierung verfolgt mit besonderem Interesse die Bemühungen deutscher Erdgasunternehmen, Erdgasmengen, vor allem aus sicheren Bezugsquellen, z. B. Nordseegas, zu beschaffen; die Lieferung von Erdgas aus dem Iran ist jedenfalls nicht wie geplant 1981 zu erwarten.

Das Bund/Länderprogramm zur Förderung des Baues von Erdgasleitungen, dem aus Bundesmitteln bis 1983 insgesamt 170 Mio DM zur Verfügung stehen, trägt dazu bei, daß auch außerhalb der städtischen Ballungsräume das Energieangebot erweitert und Heizöl verdrängt wird.

e) Angesichts der erhöhten politischen Gefahren für die Ölversorgung bemüht sich die Bundesregierung, die Krisenvorsorge sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene weiter zu verbessern. Die gesetzliche Grundlage für staatliche Maßnahmen im Krisenfall, das Energiesicherungsgesetz, gilt nunmehr unbefristet.

f) Ein wichtiger Punkt der Koordinierung der nationalen Energiepolitiken in der Europäischen Gemeinschaft und der Internationalen Energieagentur wird die laufende Überprüfung der Verpflichtungen zur Beschränkung der kurz- und mittelfristigen Öleinfuhren sein. Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies im Jahre 1985 eine Begrenzung der Öleinfuhren auf 141 Mio t. Die Bundesregierung wird sich wie bisher dafür einsetzen, daß bei Maßnahmenempfehlungen die unterschiedlichen Ausgangssituationen und die wirtschaftspolitischen Orientierungen in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden. Daneben wird die Zusammenarbeit der westlichen Industrieländer auf dem Gebiet neuer Energietechnologien fortgesetzt.

g) Die Bundesregierung sieht in der für 1981 vorgesehenen VN-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen einen geeigneten Schritt im Rahmen eines weltweiten Dialogs zwischen Industrieländern, Ölförderländern und Entwicklungsländern. Sie wird sich daran aktiv beteiligen. Sie unterstützt auch den Vorschlag zur Durchführung einer gesamteuropäischen Energiekonferenz im Rahmen der VN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE).

Umweltpolitik

47. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die Umweltpolitik kontinuierlich fortgeführt werden muß; dies schon deshalb, weil die Unternehmen bei ihren Entscheidungen langfristig gesicherte umweltpolitische Daten benötigen. Bei grundsätzlicher Orientierung ihrer Umweltpolitik am Verursacherprinzip hält sie es für angebracht, den Unternehmen die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen in angemessenem Umfang zu erleichtern. Sie hat daher einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Verlängerung der Sonderabschreibungen bei Umweltschutzinvestitionen nach § 7 d Einkommensteuergesetz auch über das Jahr 1980 hinaus und eine Erweiterung ihrer Anwendungsmöglichkeiten vorsieht. Diesem Ziel dient auch die Förderung von Demonstrationsvorhaben zu Umrüstung von Altanlagen sowie die Förderung der Entwicklung umweltfreundlicher Technologien.

Einen wirksamen Beitrag zur Verminderung der Umweltbelastung kann die Energieeinsparung leisten. Bei der Realisierung neuer Produktionstechniken im Energiebereich, insbesondere im Hinblick auf die notwendige Substitution von Öl durch Kohle, muß der Gesichtspunkt der Umweltvorsorge mit dem Erfordernis einer gesicherten Energieversorgung in Einklang gebracht werden. Die Bundesregierung strebt damit die Erschließung der Standorte an, die im Zusammenhang mit dem energiepolitisch notwendigen Umstrukturierungsprozeß für neue Energieanlagen erforderlich sind.

Regionale Strukturpolitik

48. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" steht die Neuabgrenzung der Fördergebiete an. Sie soll auf der Basis zeitnaher Arbeitsmarkt-, Einkommens- und Infrastrukturindikatoren im Zusammenhang mit dem 10. Rahmenplan vorgenommen werden. Neben anderen Indikatoren sollen auch regionale Arbeitslosenquoten in Form mehrjähriger

Durchschnittswerte zur Beurteilung herangezogen werden.

Der Ende 1979 verabschiedete 9. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe sieht stärkere Anreize für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen vor.

Das Zonenrandgebiet wird wie bisher auch in Zukunft bevorzugt gefördert, um seine wirtschaftlichen Nachteile aus der Teilung Deutschlands und aus seiner Randlage zu den Wirtschaftszentren der Europäischen Gemeinschaft auszugleichen.

Die EG-Regionalpolitik soll insbesondere in zwei Bereichen fortentwickelt werden:

a) Zur Verwendung der Mittel aus der quotenfreien Abteilung des EG-Regionalfonds hat die Kommission fünf Sonderprogramme für spezifische Gemeinschaftsmaßnahmen vorgelegt. Die Bundesregierung wird sich um eine Verbesserung der vorgeschlagenen Bestimmungen bemühen.

b) Ein weiterer Schwerpunkt wird die Fortentwicklung der Regionalfonds-Verordnung sein. Vorschläge der Kommission werden für Mitte des Jahres erwartet. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß die Programmfinanzierung auch im quotengebundenen Teil des Fonds eingeführt wird. Voraussetzung ist allerdings, daß die regionalen Entwicklungsprogramme der einzelnen Mitgliedstaaten für diesen Zweck zu einer tragfähigen Basis ausgebaut werden. Außerdem strebt die Bundesregierung an, daß eine Liste von Infrastrukturkategorien aufgestellt wird, die der Regionalfonds mitfinanzieren kann, ohne damit den Mitgliedstaaten die spezifische Verantwortung in diesem Bereich abzunehmen.

Wirtschaftsförderung Berlin

49. Auf Grund der Vorschläge der vier Parteivorsitzenden zur Berlin-Politik sind 1979 eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft und der Attraktivität der Stadt beschlossen und weitgehend verwirklicht worden. Die Verdoppelung des Kinderzuschlags und der über den allgemeinen Bundeszuschuß finanzierte Ausgleich für die Senkung der Gewerbesteuer in Berlin sind Anfang 1980 in Kraft getreten. Die Bundesregierung erwartet, daß die Wirtschaft die durch die verbesserten Rahmenbedingungen und neue Fördermaßnahmen gebotenen Chancen für zusätzliche Engagements in Berlin nutzt. Sie sieht daher unter strukturpolitischen Gesichtspunkten keine Notwendigkeit, in Erörterungen über Berlin-Präferenzen einzutreten.

Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen

50. Die Bundesregierung setzt ihre Bemühungen fort, die Rahmenbedingungen für den innerdeutschen Handel zu verbessern. Dabei strebt sie insbesondere an, die im Herbst 1979 im Energiebereich eingeleitete Zusammenarbeit in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten durch weitere längerfristige Vereinbarungen zu verstärken.

Die Verfahrensvorschriften des innerdeutschen Wirtschaftsverkehrs werden überarbeitet und vereinfacht, um vor allem kleineren und mittleren Betrieben eine breitere Teilnahme am Handel zu erleichtern.

Grundlage bleibt das im Berliner Abkommen vom 20. September 1951 für den Warenaustausch vereinbarte System.

C. Stellungnahme [1]) der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1979/80 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

51. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat am 22. November 1979 sein Jahresgutachten 1979/80 (JG) mit dem Titel „Herausforderung von außen" vorgelegt. Die Bundesregierung dankt dem Rat für seine umfassende Analyse und die Diskussion vielfältiger wirtschaftspolitischer Fragen.

52. Nach übereinstimmendem Urteil von Rat und Bundesregierung war die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit der zweiten Jahreshälfte 1978 bis zur Vorlage des Gutachtens — trotz der schwerwiegenden Belastungen als Folge der drastischen Ölverteuerung — durch eine zunehmende Wachstumsdynamik gekennzeichnet (Ziffer 44 ff. JG). Dies ergab sich nach Meinung des Rates vor allem aus einer allmählichen Besserung der Angebotsbedingungen. Hierzu habe der Staat einen wesentlichen Beitrag geleistet und die Lohnpolitik den nötigen Spielraum geöffnet (Ziffern 61 ff., 272 ff. JG). Ebenso hätten die Unternehmen den ihnen durch die maßvollen Tarifabschlüsse eingeräumten Vertrauensvorschuß honoriert; die von vielen einer zurückhaltenden Lohnpolitik entgegengebrachte beschäftigungspolitische Skepsis sei durch die Erfahrungen der letzten Jahre nicht bestätigt worden (Ziffern 274, 288 JG). Mit der gefestigten Investitionsneigung haben sich — wie der Rat zu Recht betont — die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht nur kurzfristig, sondern auch auf mittlere Sicht verbessert (Ziffer 334 JG).

53. Die Bundesregierung teilt die Überzeugung des Rates, daß die deutsche Wirtschaft mit der Ölverteuerung des vergangenen Jahres besser fertig werden kann als mit der Ölkrise von 1973/74, wenn alle Beteiligten sich situationsgerecht verhalten. Mit den jüngsten Ölpreisbeschlüssen haben sich jedoch die bei einem etwaigen Fehlverhalten entstehenden Gefahren, die der Rat in seiner Prognose nachdrücklich hervorgehoben und in zwei Varianten hierzu eindrucksvoll erläutert hat (Ziffern 238, 269, 295 ff. JG), noch vergrößert.

54. Die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik sieht der Rat zu Recht darin, die Rückkehr zu niedrigeren Preissteigerungsraten anzutreten, ohne den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterbrechen (Ziffer 282 JG). Sein Urteil über die hierzu begehbaren Wege deckt sich weitgehend mit dem der Bundesregierung (siehe Abschnitt B I dieses Berichts).

55. Der Rat unterstützt den finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung. Er stellt die Notwendigkeit der Konsolidierung in den Vordergrund (Ziffer 276 JG) und sieht keinen Grund für Steuersenkungen schon 1980 (Ziffer 329 JG). Die Bundesregierung begrüßt es, daß die Gutachter zum Abbau von Subventionen raten (Ziffer 330 JG). Konkrete Vorschläge des Rates zu dieser schwierigen Aufgabe würde sie für hilfreich halten.

Rückblickend stellt der Rat fest, daß die expansive Ausrichtung der Finanzpolitik ohne Zweifel zum Wirtschaftsaufschwung beigetragen habe; allerdings meint er im nachhinein, daß die Impulse der Finanzpolitik im Jahre 1979 wohl zu expansiv angelegt gewesen seien und daß auf die Verstärkung der autonomen Antriebskräfte nicht mehr flexibel genug reagiert wurde (Ziffern 211, 322 f. JG). Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die konjunkturelle Entwicklung bis zur Jahresmitte 1978 enttäuschend verlaufen war und erneut Zweifel aufgekommen waren, ob es zu einem sich selbst verstärkenden Aufschwung kommen würde. Die Bundesregierung sah sich daher im Juli 1978 zu ergänzenden Schritten veranlaßt, die vor allem auf eine weitere Verbesserung der Angebotsbedingungen abzielten. Im übrigen sind die seinerzeit vorgeschlagenen Maßnahmen als Teil der auf dem Bonner Gipfel vereinbarten international abgestimmten Bemühungen zu sehen, die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven weltweit zu verbessern. Die von dieser gemeinsamen Aktion der Industriestaaten ausgegangenen Impulse haben zur Konjunkturerholung in wichtigen Partnerländern beigetragen und damit über eine kräftige Expansion des für die deutsche Wirtschaft bedeutsamen Welthandels die autonomen Belebungstendenzen in der Bundesrepublik verstärkt. Zudem weist der Rat selbst darauf hin, daß eine rückblickende Würdigung der Finanzpolitik auch die Ölpreisentwicklung und deren nachteilige Rückwirkungen auf die konjunkturellen Aussichten nicht außer acht lassen darf (Ziffer 323 JG). Überdies hat die Finanzpolitik durchaus flexibel reagiert. Bereits vom Herbst 1978 an hat sie wegen der in der Bauwirtschaft sich abzeichnenden Engpässe auf eine Streckung des Programms für Zukunftsinvestitionen hingewirkt. Im Mai 1979 hat darüber hinaus der Finanzplanungsrat eine generelle Zurückhaltung bei der Vergabe neuer Bauaufträge empfohlen.

---

[1]) Wie in den vorangegangenen Jahreswirtschaftsberichten nimmt die Bundesregierung nicht nur im Teil C, sondern auch in anderen Teilen im Sachzusammenhang zum Jahresgutachten 1979/80 des Sachverständigenrates Stellung.

Das strukturelle Defizit der öffentlichen Haushalte ist nach Aussage des Rates gewachsen, die Konsolidierungsaufgabe daher eher größer geworden (Ziffer 328 JG). Diese Feststellung stützt er auf seine Berechnung eines konjunkturneutralen Haushalts. Obwohl er die methodischen Schwächen dieses Konzepts durch systematische Änderungen abzubauen versucht hat, bleibt es umstritten und kann für finanzpolitische Entscheidungen nur ergänzende Orientierungshilfe geben.

56. Die 1979 vollzogene Kurskorrektur in der Geldpolitik wird vom Rat positiv beurteilt. Die monetäre Zielsetzung sei nicht übertrieben ehrgeizig oder gar deutlich restriktiv gewesen (Ziffer 183 JG). Dieser Ansicht stimmt die Bundesregierung ebenso zu wie der Bewertung der geldpolitischen Erfordernisse des Jahres 1980 (Ziffer 306 ff. JG). Sie ist überdies mit dem Rat der Auffassung, daß eine Behinderung der Geldpolitik durch Wechselkursverzerrungen vermieden werden sollte. Die bisherigen Erfahrungen mit dem EWS haben die Befürchtungen des Rates, es werde maßgeblich zum Inflationsimport in die Bundesrepublik beitragen und die Chancen für die Erhaltung eines stabilen Wertes der deutschen Mark gravierend verschlechtern, nicht bestätigt. Das System hat vielmehr auf Veränderungen der wirtschafts- und währungspolitischen Rahmenbedingungen flexibel reagiert. Der Hinweis des Rates auf die Möglichkeit einer internationalen Inflationsübertragung selbst bei gleichgewichtigen Devisenmärkten wegen des direkten Preiszusammenhangs über die Gütermärkte gilt zudem keineswegs ausschließlich für ein System fester Wechselkurse. Nach Ansicht der Bundesregierung sollte eine Inflationsübertragung auf diesem Wege nicht durch vorbeugende Wechselkursänderungen, sondern durch eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung in der Gemeinschaft verhindert werden.

57. Die sorgfältige und umfassende Arbeitsmarktanalyse des Rates kommt zu dem Ergebnis, daß die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung im Jahr 1979 die Arbeitsmarktlage durchweg verbessert hat, wenn auch mit unterschiedlichen Beschäftigungschancen für einzelne Personengruppen und Regionen. Insbesondere auf den regionalen und auf den berufsfachlichen Teilarbeitsmärkten, die ein günstiges Angebots-Nachfrage-Verhältnis aufwiesen, sind 1979 auch die Beschäftigungschancen jener Arbeitslosen, deren Vermittlungsfähigkeit aus verschiedenen Gründen gemindert ist, wieder gestiegen. Dem Rat ist jedoch zuzustimmen, daß es kein rationeller Weg wäre, Vollbeschäftigung über eine allgemeine Übernachfrage am Arbeitsmarkt anzustreben (Ziffern 279, 347 JG). Deshalb kommt der Arbeitsmarktpolitik mit ihrem differenzierten Instrumentarium sowie der Berufsbildungspolitik neben der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik eine wichtige Rolle bei der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung zu.

58. Die Bemühungen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation über arbeitsplatzschaffende Investitionen erfordern in den nächsten Jahren ein hohes Angebot an risikotragendem Kapital. Der Rat äußert die Sorge, daß es auf längere Sicht nicht hinreichend zur Verfügung steht und prüft erneut Wege, einem derartigen Engpaß zu begegnen (Ziffer 351 ff. JG). Es erscheint allerdings fraglich, ob die von ihm vorgeschlagenen Erleichterungen für eine Eigenfinanzierung von außen ausreichen, um die teilweise unzulängliche Eigenkapitalausstattung mancher Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Betriebe, zu beheben. Dem stehen die geringe Risikoneigung der Kapitalanleger sowie psychologische Hemmnisse vieler Unternehmer gegenüber einer Fremdbeteiligung und den damit einzuräumenden Mitspracherechten entgegen. Die vom Rat zwar angedeuteten, aber nicht näher analysierten Lösungen dürften deshalb — unabhängig von z. T. erheblichen rechts- und ordnungspolitischen Bedenken — keine wesentliche Verbesserung der Investitionsfinanzierung durch Eigenkapital bewirken.

59. Besonderer Dank gebührt dem Rat dafür, daß er die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der veränderten Energiesituation sehr eingehend untersucht hat.

Die Energiepolitik steht heute vor der Aufgabe, die Energieversorgung vor dem Hintergrund außerordentlich hoher, aber auch sehr unterschiedlich eingeschätzer Risiken in der Zukunft sicherzustellen. Energiepolitischen Vorrang muß dabei auch nach Meinung der Bundesregierung die Verminderung der Ölabhängigkeit haben, um die Versorgungsrisiken zu verringern (Ziffer 397 JG). Eine konsequente Politik des „weg vom Öl" betreibt die Bundesregierung schon seit langem. Sie verfolgt dabei gleichzeitig beide vom Rat erörterten energiepolitischen Strategien (Ziffer 404 ff. JG):

a) Zur Engergieeinsparung wurde in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet. Die grundlegende Orientierung der Bundesregierung, die Anpassung der Endverbraucherpreise an die erhöhten Weltmarktpreise nicht zu behindern und so die Energieeinsparung zu beschleunigen, wird vom Rat unterstützt.

b) Zur Substitutionsstrategie gehört vor allem die Förderung des Einsatzes von Gemeinschaftskohle und die stärkere Verwendung von Importkohle bei der Stromerzeugung, aber auch die Schaffung verbesserter Voraussetzungen für die weitere Nutzung der Kernenergie. Seit langem werden außerdem keine neuen Kraftwerke auf Ölbasis mehr genehmigt. Weitere Initiativen zur Substitution von Öl sind in Vorbereitung (vgl. Ziffer 46 dieses Berichts).

Der Rat stellt darüber hinaus zur Diskussion, ob der Spar- und Substitutionsprozeß nicht dadurch beschleunigt werden könnte, daß die Verbraucherpreise für Motorenbenzin und Heizöl durch eine Sondersteuer wesentlich erhöht werden. Die Bundesregierung lehnt eine solche Maßnahme unter den derzeitigen Umständen ab. Die Endverbrau-

cherpreise orientieren sich voll an dem Preisniveau an den Weltmärkten; außer dem gibt es wegen der großen Ungewißheit über die weitere Ölpreisentwicklung auch keinerlei Maßstab für das „richtige" Ausmaß einer Sondersteuer. Eine „künstliche" Verteuerung einiger Mineralölprodukte könnte auch nur dann zur Lösung der Ölversorgungsprobleme beitragen, wenn die überwiegende Zahl der ölimportierenden Industrieländer einem solchen Vorgehen folgte; dies wäre auch deswegen erforderlich, weil sonst die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt würde. Die Bundesregierung ist sich überdies der Gefahr bewußt, daß eine solche Steuer von den OPEC-Staaten zum Anlaß genommen würde, ihrerseits die Preise beschleunigt zu erhöhen.

60. Die Bundesregierung begrüßt es, daß sich der Rat ebenfalls ausführlich mit den aktuellen Problemen der wirtschaftlichen Nord-Süd-Beziehungen befaßt hat (Ziffer 442 ff. JG). Es trifft in der Tat zu, daß Bekenntnisse zur weltwirtschaftlichen Integration dieser Staaten und zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen unglaubwürdig werden, wenn gleichzeitig in den Industrieländern einschränkenden und wettbewerbsverfälschenden Praktiken nachgegeben wird. Auch Besonderheiten des Agrarsektors können hier keine umfassende Ausnahme rechtfertigen.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der EG stets auf eine weltoffene gemeinsame Handelspolitik gedrängt und damit Empfehlungen der Gutachter zu einem wesentlichen Teil bereits verwirklicht (Ziffer 469 ff. JG). Die Idee des Rates, auf internationaler Ebene einen langfristig angelegten Liberalisierungsplan in Angriff zu nehmen (Ziffer 478 JG), ist zweifellos ansprechend. Die Chancen für dessen Realisierung sind in der heutigen Situation aber gering. Ein schrittweises pragmatisches Vorgehen verspricht größere Chancen.

Die Bundesregierung sieht sich vom Rat in ihrer Auffassung bestätigt, daß marktwirtschaftlich orientierte Maßnahmen die Rohstoffprobleme der Entwicklungsländer grundsätzlich besser lösen können als marktregulierende. Diese Haltung wird von ihr auch in den internationalen Rohstoffverhandlungen vertreten, insbesondere im Rahmen der UNCTAD (vgl. Ziffer 29 dieses Berichts). Die vom Rat ebenfalls befürworteten Vorschläge der Bundesregierung für eine Exporterlösstabilisierung der Entwicklungsländer haben bisher allerdings von seiten der anderen Industrieländer nur wenig Unterstützung erfahren.

Dem Rat ist auch zuzustimmen, daß im Verhältnis zu den Entwicklungsländern zwar eine Politik der Marktöffnung besonders wichtig ist, diese aber durch die Bereitstellung von finanzieller und technischer Entwicklungshilfe ergänzt werden muß (Ziffern 490 ff., 503 ff. JG). Die Bundesregierung ist von der Notwendigkeit einer Steigerung der Entwicklungshilfe überzeugt und hat einen deutlich überproportional ansteigenden finanziellen Rahmen in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen. Den vom Rat vorgeschlagenen Weg, Mittel über eine zusätzliche Besteuerung des Energieverbrauchs aufzubringen (Ziffer 520 JG), hält sie allerdings aus den bereits erwähnten Gründen nicht für geeignet.

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1979 [1]) sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Der konjunkturelle Erholungsprozeß hat im Verlaufe des Jahres 1979 deutliche Fortschritte gemacht. Das im Jahreswirtschaftsbericht genannte Wachstumsziel von rd. 4 % ist sogar übertroffen worden. Dies ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig von zwei unvorhergesehenen Ereignissen — der überraschend starken Verteuerung des Mineralöls und insbesondere der Mineralölprodukte sowie einem außergewöhnlich harten Winter — eher dämpfende Einflüsse ausgegangen sind. Zwar blieb das reale Wirtschaftswachstum im 1. Vierteljahr wegen witterungsbedingter und auf den Arbeitskampf in der Stahlindustrie zurückzuführender Produktionsausfälle verhältnismäßig schwach; im 2. Vierteljahr beschleunigte sich die reale Sozialproduktsentwicklung jedoch beträchtlich und blieb auch in der zweiten Jahreshälfte deutlich aufwärts gerichtet. Im Jahresdurchschnitt 1979 nahm das Bruttoinlandsprodukt nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes real um 4,4 % zu.

2. Auf Grund dieser günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stieg die Erwerbstätigenzahl 1979 um fast 340 Tsd. oder 1,3 % und damit ebenfalls stärker als ursprünglich erwartet (Jahresprojektion: +1/2 %), die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nahm sogar um fast 390 Tsd. zu. Die Arbeitslosenzahl verringerte sich im Jahresdurchschnitt 1979 um 117 Tsd. weiter deutlich auf 876 Tsd.; die Arbeitslosenquote ging damit von 4,3 % (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) bzw. von 3,8 % (bezogen auf alle Erwerbspersonen) im Vorjahr auf 3,8 bzw. 3,3 % im

[1]) Jahreswirtschaftsbericht 1979 der Bundesregierung (Drucksache 8/2502)

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung

Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %

	Ø 1960/1970	Ø 1970/1976	1976	1977	1978	1979	1979						
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundesrepublik Deutschland [1])	+2,5	+ 5,9	+ 4,3	+ 3,7	+ 2,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,8	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,3	+ 5,4
Belgien	+3,0	+ 8,5	+ 9,2	+ 7,1	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,7	+ 5,1	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,1
Dänemark	+5,6	+ 9,2	+ 9,0	+11,1	+10,0	+ 9,6	+ 6,9	+ 7,9	+12,0	+11,6	+11,3	+11,7	+11,8
Frankreich	+4,1	+ 9,0	+ 9,6	+ 9,4	+ 9,1	+10,5	+10,2	+10,1	+10,8	+11,5	+11,3	+11,5	+11,8
Großbritannien	+4,1	+13,6	+16,6	+15,8	+ 8,3	+13,4	+ 9,6	+10,6	+16,0	+17,3	+17,2	+17,4	+17,2
Irland	+4,6	+14,0	+18,0	+13,6	+ 7,6	+13,3	+10,8	+12,4	+13,6	+16,0		+16,0[2])	
Italien	+4,0	+12,2	+16,8	+17,0	+12,1	+14,8	+12,9	+13,6	+14,8	+17,6	+16,9	+17,3	+18,7
Luxemburg	+2,6	+ 7,7	+ 9,8	+ 6,7	+ 3,1	+ 4,5	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,6	+ 5,2	+ 5,6	+ 6,0
Niederlande	+4,3	+ 8,7	+ 8,9	+ 6,8	+ 4,3	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,3	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,2	+ 4,7
Norwegen	+4,5	+ 8,5	+ 9,1	+ 9,1	+ 8,1		+ 5,4	+ 5,0	+ 4,2		+ 4,2	+ 4,6	
Österreich	+3,6	+ 7,3	+ 7,3	+ 5,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,6	+ 4,4	+ 4,1	+ 4,5	+ 4,7
Portugal	+4,5	+16,1	+21,2	+25,9	+17,1	+23,5	+24,7	+23,3	+22,9	+22,9	+23,1	+23,1	+22,4
Schweden	+4,0	+ 8,3	+10,3	+11,4	+10,0	+ 7,2	+ 5,8	+ 6,1	+ 7,6	+ 9,2	+ 8,4	+ 9,5	+ 9,8
Schweiz	+3,3	+ 6,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 3,6	+ 1,9	+ 3,1	+ 4,4	+ 5,1	+ 5,0	+ 5,2	+ 5,1
Japan	+5,7	+11,1	+ 9,3	+ 8,1	+ 3,8		+ 2,7	+ 3,2	+ 3,5		+ 4,2		
Kanada	+2,7	+ 7,4	+ 7,5	+ 8,0	+ 9,0		+ 9,1	+ 9,3	+ 8,7		+ 9,2	+ 9,4	
USA	+2,7	+ 6,6	+ 5,8	+ 6,5	+ 7,7	+11,1	+ 9,8	+10,7	+11,6	+12,2	+11,6	+11,6	+13,3

Quelle: Statistisches Bundesamt und andere amtliche Stellen

[1]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

[2]) Vierteljährliche Erhebung

Jahresdurchschnitt 1979 zurück (Jahresprojektion: knapp 4 % bzw. knapp $3^{1}/_{2}$ %).

Die größere Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes kam insbesondere den ins Erwerbsleben eintretenden geburtenstarken Jahrgängen zugute. Die schon zuvor vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen unter 20 Jahren konnte weiter abgebaut werden. Die Arbeitslosenquote für diese Gruppe lag deutlich unter der Gesamtquote, ein in den westlichen Industriestaaten besonders positives Ergebnis. Überdurchschnittlich profitierten von der verbesserten Arbeitsmarktlage weiterhin die Männer, die Vollzeitarbeitsuchenden sowie die Facharbeiter. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen konnte beträchtlich verringert werden. Langsamer vollzog sich dagegen der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei den Frauen. Bei den Älteren und Schwerbehinderten gab es — entgegen dem allgemeinen Trend — sogar eine Ausweitung der Arbeitslosigkeit.

Beträchtliche Unterschiede zeigten sich auch bei der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit. Während in einer Reihe von Arbeitsamtbezirken — insbesondere in Südwest- und Süddeutschland — praktisch Vollbeschäftigung erreicht werden konnte, blieb die Arbeitslosigkeit in anderen Regionen weiterhin hoch. Diese regionale Differenzierung des Arbeitsmarktes war Anlaß für das am 1. August 1979 in Kraft getretene arbeitsmarktpolitische Programm der Bundesregierung für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen.

3. Bei der Abschätzung der für 1979 zu erwartenden Preisentwicklung war im Jahreswirtschaftsbericht u. a. von den Preisbeschlüssen der OPEC-Länder vom Dezember 1978 ausgegangen worden, die eine Anhebung der Rohölpreise um 10 % im Jahresdurchschnitt vorsahen. Ausgelöst durch die Ereignisse im Iran fielen die tatsächlichen Preissteigerungen für Mineralöl (und insbesondere für Mineralölprodukte) jedoch schon bald erheblich stärker aus. Im gesamten Jahr 1979 dürfte die zusätzliche Kostenbelastung, die die Volkswirtschaft der Bundesrepublik durch die abermalige drastische Verteuerung des Mineralöls und seiner Derivate hinnehmen mußte, eine Größenordnung von rd. 15 Mrd. DM erreicht haben; dieser Betrag entspricht knapp 1 %-Punkt der gesamten volkswirtschaftlichen Endnachfrage (Verbrauch + Investitionen + Ausfuhr).

Dagegen sind die Lohnstückkosten dank der maßvollen Tariflohnabschlüsse 1979 entsprechend den Annahmen der Jahresprojektion nur sehr verhalten gestiegen. Es ist daher im wesentlichen auf die erheblich über die ursprünglichen Erwartungen hinausgegangene Kostenbelastung von außen zurückzuführen, daß sich das Preisniveau der gesamten inländischen Endnachfrage 1979 um gut $4^{1}/_{2}$ % statt — wie im Jahreswirtschaftsbericht vorausgeschätzt — um $3^{1}/_{2}$ % erhöhte. Die jahresdurchschnittliche Zunahme der Verbraucherpreise fiel mit gut 4 % etwas schwächer aus als die des gesamten inländischen Preisniveaus, übertraf damit aber ebenfalls deutlich die Erwartungen am Jahresbeginn (Jahresprojektion: + rd. 3 %).

Trotz des stärkeren Anstiegs der Inlandspreise hat sich die Preisrate des Bruttosozialprodukts mit gut $3^{1}/_{2}$ % 1979 noch im Rahmen der Jahresprojektion gehalten. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Verteuerung der Einfuhren auf den gesamtwirtschaftlichen Deflationierungsfaktor, der den Preisanstieg der inländischen Wertschöpfung — und nicht den der inländischen Verwendung von Waren und Dienstleistungen — mißt, unmittelbar keinen Einfluß hat. Diesem Auseinanderklaffen in der Entwicklung der Preisniveaus von Inlandsnachfrage und Inlandswertschöpfung entspricht eine Verschlechterung der sogenannten terms of trade (d. h. des Verhältnisses von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen) um $3^{1}/_{2}$ %. Umgekehrt hatte 1978 eine fast ebenso starke Verbesserung der terms of trade dazu geführt, daß die Preisrate der Inlandsnachfrage deutlich hinter der Preisrate des Bruttosozialprodukts zurückblieb.

4. Nominal lag die Zunahme des Bruttosozialprodukts mit 8,3 % geringfügig über der im Jahreswirtschaftsbericht genannten Spanne von 7 bis 8 %. Während sich die Entwicklung des Privaten Verbrauchs mit 7 % und des Staatsverbrauchs mit $7^{1}/_{2}$ % in dem projektierten Rahmen von jeweils + $6^{1}/_{2}$ bis $7^{1}/_{2}$ % hielt, übertraf der nominale Anstieg der Anlageinvestitionen mit gut 15 % die ursprünglichen Annahmen (+ 10 bis 12 %) beträchtlich. Ebenso fielen die vom Lageraufbau ausgehenden expansiven Impulse stärker aus als erwartet.

Der mit insgesamt fast $10^{1}/_{2}$ % überraschend starken Zunahme der inländischen Verwendung des nominalen Sozialprodukts (Jahresprojektion: + 8 bis 9 %) stand andererseits ein in Vergleich zu den Annahmen der Jahresprojektion erheblich deutlicherer Rückgang des nominalen Außenbeitrags gegenüber (— fast 23 Mrd. DM statt — 3 Mrd. DM). Dieser drastische Rückgang des nominalen Außenbeitrags auf einen Stand, der seit 1970 nicht mehr erreicht worden ist, ist weitgehend auf die — insbesondere im Zusammenhang mit der Mineralölverteuerung stehende — starke Verschlechterung der terms of trade zurückzuführen; in konstanten Preisen fiel der Rückgang des Außenbeitrags nur wenig stärker aus als erwartet.

5. Wie die nominale Gesamtentwicklung des Sozialprodukts entsprach auch die Einkommensverteilung 1979 weitgehend den Annahmen der Jahresprojektion. Die Zunahme des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit lag zwar mit gut 7 % etwas über der projektierten Entwicklung (+ $6^{1}/_{2}$ %); dies war jedoch ausschließlich auf den höheren Anstieg der Beschäftigtenzahl zurückzuführen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, zu denen auch die Zins-, Miet- und Pachteinnahmen von Arbeitnehmern und Rentnern zählen, stiegen 1979 um $9^{1}/_{2}$ % und damit in dem in der Jahresprojektion (+ 9 bis 11 %) erwarteten Ausmaß. Die Unternehmensgewinne allein dürften dabei mindestens im gleichen Maße gestiegen sein. Die bereinigte Lohnquote (berechnet auf der

Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1979 mit der Jahresprojektion der Bundesregierung

	Jahresprojektion	Tatsächl. Entwicklung [4])
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	+ rd. $^{1}/_{2}$	+1,3
Arbeitslosenquote in % A [1])	*(knapp 4)*	*(3,8)*
B [2])	*(knapp $3^{1}/_{2}$)*	*(3,3)*
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	$-^{1}/_{2}$	−0,6
Bruttoinlandprodukt		
in Preisen von 1970 (BIP)	+ rd. 4	+4,4
BIP je Erwerbstätigen	+ rd. $3^{1}/_{2}$	+3,1
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 4	+3,7
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	$+6^{1}/_{2}$ bis $+7^{1}/_{2}$	+ 7,1
Staatsverbrauch	$+6^{1}/_{2}$ bis $+7^{1}/_{2}$	+ 7,7
Anlageinvestitionen	+10 bis +12	+15,2
darunter: Öffentliche Investitionen	+ 8 bis + 9	+15,3
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+12 bis +15) [3])	*(+26,1)*
Inlandsnachfrage	+8 bis +9	+10,3
Außenbeitrag		
Mrd. DM	(+32 bis +35) [3])	(+14,2)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	*($2^{1}/_{2}$)*	*(1,0)*
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+7 bis +8	+8,3
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 3	+4,1
Inlandsnachfrage	+ rd. $3^{1}/_{2}$	+4,6
Bruttosozialprodukt	+ rd. $3^{1}/_{2}$	+3,7
Verteilung des Sozialprodukts		
Volkseinkommen	+7 bis +8	+7,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+9 bis +11	+9,4
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ rd. $6^{1}/_{2}$	+7,2
Nachrichtlich:		
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ rd. 6	+5,4
Sparquote	(13)	(13,1)

[1]) Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2]) Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) Angepaßt an die inzwischen revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 1978
[4]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1980

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1979

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	Jahresprojektion der Bundesregierung	Tatsächliche Entwicklung
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einnahmen		
Steuern	+4½ bis +5½	+ 7,8
Sozialbeiträge [1]	+6 bis +7	+ 7,1
Sonstige Einnahmen	+3½ bis +4½	+ 7,9
Einnahmen insgesamt	+5 bis +6	+ 7,5
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+6½ bis +7½	+ 7,7
Einkommens- und Vermögensübertragungen [2]	+6 bis +7	+ 7,2
Investitionen	+8 bis +9	+14,8
Ausgaben insgesamt	+6½ bis +7½	+ 8,0
Finanzierungssaldo, Mrd. DM	−42 bis −47 [3]	−41,5

[1] Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[2] Einschließlich Zinsen
[3] Angepaßt an die inzwischen revidierten Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 1978

Grundlage konstanter Beschäftigungsstruktur des Jahres 1970) ging danach von 69,2 % im Vorjahr auf 68,5 % zurück (Jahresprojektion: rd. 68½ %).

6. Die Ausgaben des öffentlichen Sektors (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) nahmen 1979 um 8 % und damit etwas stärker zu, als im Jahreswirtschaftsbericht erwartet worden war (+ 6½ bis 7½ %). Sie sind damit etwa parallel zur nominalen Sozialproduktsentwicklung gewachsen. Die Zunahme der öffentlichen Einnahmen lag mit 7½ % deutlich stärker als die der Ausgaben über dem ursprünglichen Ansatz (+ 5 bis 6 %). Infolgedessen fiel das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Sektors mit 41½ Mrd. DM wiederum geringer aus, als vorausgeschätzt worden war. Mit 3 % blieb seine Relation zum Bruttosozialprodukt hinter den Annahmen im Jahreswirtschaftsbericht (3½ %) zurück.

Auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte lag der Zuwachs der Personalausgaben — wie der des gesamten Staatsverbrauchs — im Rahmen der Projektion. Kräftiger als erwartet hat dagegen der Sachaufwand des Staates — vor allem im Bereich der Sozialversicherung — zugenommen. Den höchsten Zuwachs innerhalb der öffentlichen Ausgaben wiesen — wie bereits 1978 — mit 15 % die Sachinvestitionen auf. In dieser hohen Zuwachsrate kommen wie im Vorjahr die Wirkungen des Programms für Zukunftsinvestitionen zum Ausdruck. Die Investitionen sind damit wieder erheblich stärker gestiegen, als vor Jahresfrist geschätzt worden war (+ 8 bis 9 %). Dagegen hielt sich der Zuwachs der Einkommens- und Vermögensübertragungen des Staates mit 6½ % im vorgesehenen Rahmen (+ 6 bis 7 %).

Zu der unerwartet starken Entwicklung der öffentlichen Einnahmen trugen fast alle Einnahmearten bei. Das Hauptgewicht lag jedoch bei den Steuern. Ihr Zuwachs übertraf mit knapp 8 % die ursprüngliche Schätzung (+ 4½ bis 5½ %) nicht zuletzt auch deswegen, weil die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1979 über die projektierte Marge hinausging. Die Zunahme der Sozialbeiträge lag dagegen mit 7 % noch im Rahmen der Projektion.

7. Während das öffentliche Defizit 1979 unter den ursprünglichen Erwartungen gehalten werden konnte, fiel das Defizit des Unternehmenssektors wegen der stärkeren Zunahme der Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen deutlich höher aus, obwohl gleichzeitig auch die selbsterwirtschafteten Mittel weiter beträchtlich zugenommen haben. Den höheren Defiziten des Staats- und des Unternehmenssektors stand eine kräftige Ausweitung der privaten Ersparnisse gegenüber. Dabei hat vor allem die hohe — nicht zuletzt auch durch die Steuererleichterungen ermöglichte — Zunahme des verfügbaren Einkommens die Sparfähigkeit der privaten Haushalte gestärkt; darüber hinaus ist aber auch die Sparquote etwas angestiegen. Erstmals seit 1965 kam es zudem aufgrund des starken Rückgangs des nominalen Außenbeitrags — bei weiter gestiegenem Defizit der Übertragungsbilanz — zu einem leichten Abbau des Forderungsbestandes der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland.

B. Jahresprojektion 1980

8. Die um die Jahreswende vorhandenen Informationen lassen erwarten, daß sich die konjunkturelle Expansion, die im Verlaufe des vergangenen Jahres beträchtlich an Kraft gewonnen hatte, zwar auch 1980 vorerst noch fortsetzen wird; die Dynamik der bisherigen Entwicklung dürfte allerdings im Verlaufe erheblich nachlassen, zumal die abermalige drastische Anhebung der Mineralölpreise die Entwicklung der Realeinkommen zusätzlich beschneidet. Geringere Wachstumsimpulse sind insbesondere vom Privaten Verbrauch sowie von der Auslandsnachfrage zu erwarten, aber auch der Lageraufbau dürfte schwächer ausfallen als 1979. Dagegen könnte die Investitionstätigkeit der Unternehmen, wenn sich die internationalen Rahmenbedingungen nicht stärker verschlechtern und die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen fortdauern, weiterhin verhältnismäßig rege bleiben und zur Stabilisierung des — wenn auch abgeschwächten — konjunkturellen Aufwärtstrends beitragen.

Diese der Jahresprojektion zugrunde liegende Einschätzung der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entspricht dem Informationsstand von Anfang 1980. Wie stets ist aber auch in diesem Jahr auf das Risiko einer ungünstigeren Datenkonstellation — sei es im binnen- oder außenwirtschaftlichen Bereich — hinzuweisen. Neben den üblichen außen- und binnenwirtschaftlichen Risiken erhält dabei die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Versorgung mit Mineralöl zunehmendes Gewicht. Der Jahresprojektion liegt die Annahme zugrunde, daß es beim Mineralöl 1980 nach den Beschlüssen vom Dezember weder zu weiteren wesentlichen Preisanhebungen noch zu einer produktionsbehindernden Angebotsverknappung kommt.

9. Für den Außenwirtschaftsbereich wird in der Jahresprojektion unter Berücksichtigung der erhöhten Erdölpreise und der damit verbundenen Abschöpfung von Kaufkraft in den Industrieländern davon ausgegangen, daß sich das reale Wirtschaftswachstum 1980 im gesamten OECD-Bereich von 3 % im Vorjahr auf eher unter 1 % verlangsamt. Falls die OPEC-Länder ihre Nachfrage nach Industriegütern wieder stärker ausweiten, würde sich die Exportentwicklung des gesamten OECD-Bereichs weniger deutlich abschwächen; sie wird für dieses Jahr (real) auf 2 bis 4 % veranschlagt (1978: + 6 bis 7 %). Da die Wachstumsaussichten für die westeuropäischen Länder, die den Hauptmarkt für die Exporte der Bundesrepublik Deutschland darstellen, z. Z. günstiger zu beurteilen sind als für den Durchschnitt der OECD kann mit einer etwas über der Entwicklung der OECD-Exporte liegenden realen Zunahme der deutschen Warenausfuhr gerechnet werden. Die Dienstleistungseinnahmen dürften auch 1980 schwächer expandieren als die Warenexporte. Auf Grund dessen und unter Berücksichtigung einer leicht beschleunigten Entwicklung der Ausfuhrpreise ist in der Jahresprojektion für 1980 von einer

nominalen Zunahme der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 9 1/2 bis 10 1/2 %

ausgegangen worden.

10. Der Anstieg der öffentlichen Ausgaben dürfte sich 1980 nach den bisher verfügbaren Informationen über die Haushaltsplanungen der Gebietskörperschaften verlangsamen. Für die Sozialversicherung wird in diesem Jahr vor allem im Bereich der Sachleistungen ebenfalls mit einem schwächeren Ausgabenzuwachs gerechnet als für 1979. Danach ist zu erwarten, daß auch die

Zunahme des Staatsverbrauchs mit 6 1/2 bis 7 1/2 %

etwas hinter der Vorjahresentwicklung (+ 7,7 %) zurückbleiben wird. Insbesondere ist dabei auch unterstellt worden, daß bei den Entscheidungen über die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst auf die Belange der öffentlichen Haushalte Rücksicht genommen wird.

11. Bei der Abschätzung der zu erwartenden privaten Verbrauchsnachfrage wurde davon ausgegangen, daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme 1980 wie im Vorjahr um etwa 7 % wächst. Für die Nettolöhne und -gehälter würde dies wegen der in diesem Jahr wieder stärker wirksamen Steuerprogression ein schwächeres Entwicklungstempo bedeuten, auch wenn man berücksichtigt, daß sich der Steuerfreibetrag für das Weihnachtsgeld 1980 erhöht. Da auch die vom Staat empfangenen Übertragungseinkommen der privaten Haushalte und die im vergangenen Jahr kräftig gestiegenen entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen voraussichtlich ebenfalls verlangsamt zunehmen werden, ist für das gesamte verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit 6 bis 7 % ein deutlich niedrigerer Zuwachs als 1979 (+ 7,7 %) zu erwarten. Andererseits wird in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß die im Vorjahr leicht gestiegene Sparquote wieder etwa auf das Niveau der Jahre 1977/78 zurückgeht. Unter diesen Voraussetzungen könnte

der Private Verbrauch 1980 um 6 1/2 bis 7 1/2 % steigen;

real würde dies einem Anstieg von 2 bis 2 1/2 % entsprechen.

12. Positive Wachstumsimpulse dürften auch 1980 von den Anlageinvestitionen kommen. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird voraussichtlich zumindest vorerst noch rege bleiben. Nach dem letzten Ifo-Investitionstest planen die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes für das kommende Jahr eine Ausweitung ihres Investitionsvolumens, die nur wenig hinter der von 1979 zurückbleiben soll. Dabei stehen das Rationalisierungs- und Ersatzmotiv zwar weiterhin im Vordergrund, eine zunehmende Anzahl von Unternehmen scheint aber angesichts des gestiegenen Auslastungsgrades auch an eine Erweiterung der Kapazitäten zu denken. In der Jahresprojektion ist für die Anlageinvestitionen der Unternehmen im Jahresdurchschnitt 1980 — unter Berücksichtigung eines hohen Überhangs — eine reale Zunahme von 7 bis 8 % unterstellt worden. Damit würde sich die seit 1976 andauernde kräftige Ausweitung der Unternehmensinvestitionen — mit jährlichen Zuwachsraten zwischen 6 1/2 und 9 1/2 % — auch im fünften Jahr fortsetzen. Zu dieser — zuvor selten erreichten — Verstetigung der Investitionsentwicklung dürfte die in den letzten Jahren eingetretene Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen maßgeblich beigetragen haben.

Die Konjunktur im Wohnungsbau hat zwar ihren Höhepunkt offenbar überschritten; deutlicher noch als an der Entwicklung des Auftragseingangs im Baugewerbe ist dies an der rückläufigen Tendenz der Kapitalzusagen der Kreditinstitute zur Wohnungsbaufinanzierung zu erkennen. Wegen der hohen Auftragsbestände in diesem Bereich wird für die Wohnungsbauinvestitionen aber trotzdem auch für 1980 mit 6 bis 7 % ein ähnlich starker realer Anstieg wie im Vorjahr angenommen.

Für die öffentlichen Investitonen wird auf Grund der bisher bekannten Haushaltsplanungen und der voraussichtlichen Ausgabenentwicklung aus dem mittelfristigen Investitionsprogramm 1980 von einer Stabilisierung auf dem 1979 erreichten hohen Niveau ausgegangen.

Auf Grund dieser Annahmen für die reale Entwicklung von Unternehmens-, Staats- und Wohnungsbauinvestitionen wird unter Berücksichtigung des erwarteten Anstiegs der Investitionspreise in der Jahresprojektion für 1980 von einer

nominalen Zunahme der Anlageinvestitionen um 12 bis 13 %

ausgegangen; die Bauinvestitionen dürften dabei (wegen des höheren Preisanstiegs) etwas stärker als die Ausrüstungsinvestitionen steigen. Real würden die Anlageinvestitionen danach um 5 bis 6 % (nach 8½ % im Vorjahr) zunehmen.

Das 1979 erreichte hohe Niveau der Vorratsveränderung wird dagegen in diesem Jahr voraussichtlich unterschritten werden. Nach dem starken expansiven Impuls im Vorjahr dürften vom Lageraufbau 1980 also eher kontraktive Wirkungen ausgehen, die freilich — angesichts des hohen Importanteils — nur zum Teil unmittelbar die Binnenwirtschaft berühren.

13. Auf Grund dieser Annahmen würden Inlandsnachfrage und Ausfuhr zusammengenommen 1980 nominal um 7½ bis 8½ % zunehmen. Die Einfuhr dürfte auch in diesem Jahr wieder erheblich stärker als die gesamte Endnachfrage expandieren. In der Jahresprojektion wird — unter Berücksichtigung der weiterhin stark steigenden Importpreise — von einer Zunahme der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen um 13 bis 14 % ausgegangen. Danach würde sich

1980 für den nominalen Außenbeitrag, den Saldo von Aus- und Einfuhr, ein weiterer deutlicher Rückgang um 10 bis 14 Mrd. DM

ergeben. Dabei ist unterstellt worden, daß die Ölrechnung der Bundesrepublik 1980 um etwa 20 Mrd. DM höher ausfällt als im Vorjahr. Der Rückgang des Außenbeitrags ist ausschließlich die Konsequenz der erwarteten abermaligen erheblichen Verschlechterung des Verhältnisses von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen; in konstanten Preisen wird somit für den Außenbeitrag keine weitere Abnahme unterstellt. Bei der Entwicklung der Einfuhrpreise ist dabei von den durch die OPEC-Staaten angekündigten Preisanhebungen für Mineralöl ausgegangen worden. Es ist aber außerdem zu berücksichtigen, daß das Niveau der Einfuhrpreise am Jahresende 1979 auf Grund der im Jahresverlauf erfolgten Steigerung der Mineralölpreise bereits erheblich über dem Jahresdurchschnitt gelegen hatte.

Insgesamt ergibt sich in der Jahresprojektion für 1980 auf Grund der für den Außenbeitrag, die Investitionen und den Verbrauch zugrunde gelegten Annahmen ein

nominaler Anstieg des Bruttosozialprodukts von 6 bis 7 % (nach knapp 8 ½ % im Jahr zuvor).

14. Wenn sich die Entwicklung der im Inland entstandenen Kosten in dem in der Jahresprojektion angenommenen Rahmen hält und es zu keiner weiteren wesentlichen Erhöhung der Ölpreise kommt, kann im späteren Jahresverlauf mit einem wieder verlangsamten Anstieg der Inlandspreise gerechnet werden. Bei der Abschätzung des im Durchschnitt dieses Jahres zu erwartenden Preisanstiegs darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Inlandspreise Ende 1979 bereits deutlich über dem Durchschnitt des Jahres lagen. Bei den Verbraucherpreisen betrug dieser „Überhang" Ende 1979 z. B. mehr als 2 %, während er ein Jahr zuvor nur gut ½ % betragen hatte. In der Jahresprojektion wird unter Berücksichtigung des am Jahresende 1979 bestehenden „Überhangs" von einem

Anstieg der Verbraucherpreise um rd. 4½ % im Jahresdurchschnitt 1980

ausgegangen. Im Jahresverlauf wäre dies eine Zunahme um 3½ bis 4 %. Für das Preisniveau des Bruttosozialprodukts, das von der Erhöhung der Einfuhrpreise nicht unmittelbar beeinflußt wird, wurde für 1980 ein Anstieg von 4 % unterstellt.

15. Der erwarteten Entwicklung von nominalem Bruttosozialprodukt und gesamtwirtschaftlichen Preisniveau würde 1980 eine

reale Zunahme des Bruttosozialprodukts von gut 2½ %

entsprechen. Damit wäre im Durchschnitt des Jahres und der Gesamtwirtschaft mit keiner wesentlichen Veränderung des Auslastungsgrades der Kapazitäten zu rechnen; denn das Produktionspotential der Volkswirtschaft dürfte z. Z. etwa mit der gleichen Rate oder allenfalls geringfügig stärker wachsen. Da für die Arbeitsproduktivität (gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) mit einer etwas über dem projektierten Wirtschaftswachstum liegenden Entwicklung gerechnet wird, wird das Arbeitsvolumen (Zahl der Erwerbstätigen mal durchschnittlich geleisteter Arbeitszeit) im Jahresdurchschnitt voraussichtlich leicht zurückgehen. Es wird jedoch erwartet, daß sich dieser Rückgang in einer weiteren Reduzierung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit — insbesondere auch in einem Abbau von Überstunden — niederschlägt und daher die Erwerbstätigenzahl im Jahresdurchschnitt noch etwas zunimmt. Da die Zahl Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger weiter abnehmen dürfte, könnte sich für die Zahl beschäftigter Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt eine noch etwas stärkere Zunahme (von etwa ½ %) ergeben.

Wenn die Beschäftigungsentwicklung in dem erwarteten Rahmen verläuft, dürfte dann trotz des aus demographischen Gründen weiter wachsenden einheimischen Arbeitskräftepotentials eine

Begrenzung der Arbeitslosenquote auf im Jahresdurchschnitt 3 1/2 bis 4 % (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen)

erreicht werden können.

16. Die Zunahme des Volkseinkommens dürfte 1980 mit +6 bis 7 % etwa im Rahmen der nominalen Entwicklung des Bruttosozialprodukts liegen. Für die Verteilung des Volkseinkommens geht die Jahresprojektion für 1980 davon aus, daß die Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer um etwa 6 1/2 % ansteigen. Einschließlich der erwarteten weiteren Ausweitung der Beschäftigtenzahl würde dies im Jahresdurchschnitt zu einem

Zuwachs des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit um rd. 7 %

führen.

Bei der unterstellten Entwicklung der Lohneinkommen und des Sozialprodukts würde dann der

Anstieg der Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen in diesem Jahr 4 bis 6 %

betragen. Diese in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Rest ermittelte Position ist eine sehr komplexe Einkommensgröße, die nicht mit „dem Einkommen der Selbständigen" gleichgesetzt werden darf. Sie umfaßt neben den Erträgen der gewerblichen Wirtschaft und der Einkommen aus landwirtschaftlicher und freiberuflicher Tätigkeit u. a. auch Zinsen sowie Miet- und Pachteinnahmen, die zu einem nicht geringen Teil auch Arbeitnehmern und Rentnern zufließen. Eine Aussage darüber, wie sich die einzelnen Bestandteile im Rahmen der erwarteten Gesamtzunahme der Unternehmens- und Vermögenseinkommen entwickeln könnten, ist jedoch nicht möglich, da dies von zu vielen — im vorhinein nicht abschätzbaren — Einflußfaktoren abhängt.

17. Nach den derzeitigen Ausgabenplanungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung dürften die Ausgaben des öffentlichen Sektors 1980 um 5 bis 6 % zunehmen. Bei den Gesamteinnahmen kann ein zum Bruttosozialprodukt etwa proportionaler Anstieg von 6 bis 7 % erwartet werden. Die Steuereinnahmen steigen dabei ungefähr im gleichen Maße, so daß die volkswirtschaftliche Steuerquote in etwa unverändert bleiben dürfte. Da die Ausgaben danach etwas langsamer ansteigen als die Einnahmen, würde sich das Finanzierungsdefizit des Staates 1980 um ca. 2 bis 4 Mrd. DM zurückbilden. Aus heutiger Sicht entspricht diese Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen.

18. Dem vorgesehenen Rückgang des öffentlichen Finanzierungsdefizits dürfte 1980 bei der erwarteten Entwicklung von Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen ein weiter — wenn auch schwächer als im Vorjahr — steigendes Finanzierungsdefizit des Unternehmenssektors gegenüberstehen, obwohl auch die selbsterwirtschafteten Mittel der Unternehmen wieder zunehmen werden. Wegen der weiter steigenden Energiepreise wird andererseits erwartet, daß sich die Zunahme der Ersparnisse der privaten Haushalte 1980 deutlich stärker verlangsamt als die Entwicklung der verfügbaren Einkommen. Der 1979 erstmals seit 1965 eingetretene Abbau der Forderungen gegenüber dem Ausland dürfte sich aber angesichts des sich abzeichnenden weiteren Rückgangs des nominalen Außenbeitrags 1980 verstärkt fortsetzen und damit der Finanzierung der Defizite des Staats- und Unternehmenssektors mehr Raum schaffen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1976 bis 1979 und Eckwerte der Jahresprojektion 1980

	1976	1977 [3])	1978 [3])	1979 [4])	1980 [5])
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Entstehung des Sozialprodukts					
Erwerbstätige	−0,9	−0,2	+0,7	+1,3	bis zu +1/2
Arbeitslosenquote in % A [1])	*(4,6)*	*(4,5)*	*(4,3)*	*(3,8)*	***(3 1/2 bis 4)***
B [2])	*(4,0)*	*(3,9)*	*(3,8)*	*(3,3)*	*(3 bis 3 1/2)*
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	+0,8	−0,8	−0,9	−0,6	− rd. 3/4
Bruttoinlandsprodukt					
in Preisen von 1970 (BIP)	+5,2	+2,7	+3,2	+4,4	+ gut 2 1/2
BIP je Erwerbstätigen	+6,1	+2,9	+2,5	+3,1	+ rd. 2 1/4
BIP je Erwerbstätigenstunde	+5,3	+3,7	+3,4	+3,7	+ rd. 3
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+8,0	+7,0	+6,1	+7,1	+6 1/2 bis +7 1/2
Staatsverbrauch	+5,5	+5,6	+7,0	+7,7	+6 1/2 bis +7 1/2
Anlageinvestitionen	+8,1	+7,4	+11,0	+15,2	+12 bis +13
dar.: Öffentliche Investitionen	−0,5	−0,0	+14,1	+15,3	+6 bis +7
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+13,7)	(+11,4)	(+9,3)	(+26,1)	(+16 bis +20)
Inlandsnachfrage	+9,0	+6,5	+7,1	+10,3	+7 bis +8
Außenbeitrag					
Mrd. DM	(+28,6)	(+29,5)	(+37,0)	(+14,2)	(0 bis +4)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	*(2,5)*	*(2,5)*	*(2,9)*	*(1,0)*	*(0)*
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+8,7	+6,4	+7,5	+8,3	+6 bis +7
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+4,5	+3,8	+2,6	+4,1	+ rd. 4 1/2 [6])
Inlandsnachfrage	+3,8	+3,8	+3,1	+4,6	+ rd. 5
Bruttosozialprodukt	+3,3	+3,8	+3,9	+3,7	+ rd. 4
Verteilung des Sozialprodukts					
Volkseinkommen	+8,9	+6,3	+7,5	+7,8	+6 bis +7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+12,8	+4,6	+10,5	+9,4	+4 bis +6
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+7,4	+6,9	+6,3	+7,2	+ rd. 7
Nachrichtlich:					
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+7,0	+6,9	+5,2	+5,4	+ rd. 6 1/2
Sparquote	(13,6)	(12,6)	(12,7)	(13,1)	(rd. 12 1/2)

[1]) Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2]) Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[4]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1980
[5]) Jahresprojektion
[6]) In den letzten Jahren lag der Anstieg der Preisindizes für Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen und vor allem für Renten- und Sozialhilfeempfängerhaushalte regelmäßig unter der Verbraucherpreisrate für alle privaten Haushalte

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1976	1977	1978	1979	1980 [1])
	Veränderung gegen dem Vorjahr in %				
Einnahmen					
Steuern	+12,6	+11,2	+ 5,6	+ 7,8	+6 bis +7
Sozialbeiträge [2])	+12,6	+ 7,3	+ 6,9	+ 7,1	+6½ bis +7½
Sonstige Einnahmen	+13,9	+ 5,6	+12,6	+ 7,9	+5 bis +6
Einnahmen insgesamt	+12,7	+ 9,5	+ 6,5	+ 7,5	+6 bis +7
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 5,5	+ 5,6	+ 7,0	+ 7,7	+6½ bis +7½
Einkommens- und Vermögensübertragungen [3])	+10,1	+ 9,1	+ 6,2	+ 7,2	+4 bis +5
Investitionen	− 1,4	+ 0,2	+13,8	+14,8	+6 bis +7
Ausgaben insgesamt	+ 7,2	+ 7,0	+ 7,1	+ 8,0	+5 bis +6
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	−40,2	−30,6	−36,0	−41,5	−37 bis −40

[1]) Jahresprojektion
[2]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[3]) Einschließlich Zinsen

Außenwirtschaftliche Beziehungen in den Jahren 1975 bis 1979 und Eckwerte der Jahresprojektion für 1980

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1975	1976	1977 [1]	1978 [1]	1979 [2]	1980 [3]
	Mrd. DM					
In jeweiligen Preisen						
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	272,68	312,05	330,57	348,57	385,01	423
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	243,73	283,42	301,07	311,53	370,81	421
Außenbeitrag	+28,95	+28,63	+29,50	+37,04	+14,20	+2
Anteil am BSP in %	*(2,8)*	*(2,5)*	*(2,5)*	*(2,9)*	*(1,0)*	*(0)*
Saldo der Übertragungen	−19,99	−20,43	−20,26	−19,34	−22,95	−23
Bilanz der laufenden Rechnung	+ 8,96	+ 8,20	+ 9,24	+17,70	− 8,75	−21
Anteil am BSP in %	*(0,9)*	*(0,7)*	*(0,8)*	*(1,4)*	*(−0,6)*	*(−1½)*
Real (in Preisen von 1970)						
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	201,98	225,24	234,90	245,26	259,30	271
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	178,85	198,66	207,90	220,09	242,09	253
Außenbeitrag	+23,13	+26,58	+27,00	+25,17	+17,21	+18
Anteil am BSP in %	(3,1)	(3,4)	(3,3)	(3,0)	(2,0)	(2)
In jeweiligen Preisen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	*−1,3*	*+14,4*	*+5,9*	*+5,4*	*+10,5*	*+9½ bis +10½*
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	*+4,7*	*+16,3*	*+6,2*	*+3,5*	*+19,0*	*+13 bis +14*
Real (in Preisen von 1970)						
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	*−5,9*	*+11,5*	*+4,3*	*+4,4*	*+ 5,7*	*+4 bis +5*
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	*+3,9*	*+11,1*	*+4,7*	*+5,9*	*+10,0*	*+4 bis +5*

[1] Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[2] Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Anfang Januar 1980
[3] Gerundete Mittelwerte bzw. Eckwerte der Jahresprojektion